

PolRess AP5 – Diskurse, Vernetzung und Kommunikation

Positionen und Begründungen zu Instrumenten der Ressourcenpolitik

PolRess-Akteursanalyse

PolRess – Ressourcenpolitik

Ein Projekt im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes

Laufzeit 01/2012 – 05/2015

FKZ: 3711 93 103



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundesamt**

Fachbegleitung UBA

Judit Kanthak

Umweltbundesamt

E-Mail: judit.kanthak@uba.de

Tel.: 0340 – 2103 – 2072

Ansprechpartner Projektteam

Dr. Klaus Jacob

Freie Universität Berlin

E-Mail: klaus.jacob@fu-berlin.de

Tel.: 030 – 838 54492

Projektpartner:



Öko-Institut e.V.
Institut für angewandte Ökologie
Institute for Applied Ecology



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH



i | ö | w

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



Die veröffentlichten Papiere sind Zwischen- bzw. Arbeitsergebnisse der Forschungsnehmer. Sie spiegeln nicht notwendig Positionen der Auftraggeber oder der Ressorts der Bundesregierung wider. Sie stellen Beiträge zur Weiterentwicklung der Debatte dar.

Die Autorin dankt Klaus Jacob und Stefan Werland für die hilfreichen Kommentare zu den vorherigen Entwurfss Fassungen dieses Papiers

Zitationsweise: Graaf, L. (2015): Positionen und Begründungen zu Instrumenten der Ressourcenpolitik. Eine Akteursanalyse. Debattenanalyse im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess). www.ressourcenpolitik.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Ziel der Akteursanalyse	1
2.	Methode	1
2.1.	Welche Akteure und Akteursgruppen wurden betrachtet?.....	2
3.	Positionen zu Instrumenten der Ressourcenpolitik.....	6
3.1.	... zur Rohstoffextraktion, -aufbereitung und -handel.....	8
3.2.	... der Produktgestaltung	12
3.3.	... zu Produktionsprozessen	18
3.4.	... für Nachfrage / Konsum / Nutzung.....	20
3.5.	... für Entsorgung / Recycling	23
3.6.	... für Management / Unternehmensberichterstattung	28
3.7.	... sonstige Instrumente (Internationales, Institutionen, Rechtliches)	29
4.	Fazit.....	32
5.	Analyseraster	34
5.1.	Ausgewertete Quellen und Literatur	35

Tabellenverzeichnis

Übersicht 1: Liste der von den analysierten Akteuren benannten konkreten Ressourcenpolitikinstrumente (inkl. der Nennung in ProgRes)	6
Übersicht 2: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten zur Rohstoffextraktion, - aufbereitung und -handel	11
Übersicht 3: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten zur Produktgestaltung	16
Übersicht 4: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten zu Produktionsprozessen	19
Übersicht 5: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten für Nachfrage / Konsum / Nutzung	22
Übersicht 6: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten für Entsorgung / Recycling	26
Übersicht 7: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten für Management / Unternehmensberichterstattung	29
Übersicht 8: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten (sonstige Instrumente: Internationales, Institutionen, Rechtliches)	30

1. Einleitung und Ziel der Akteursanalyse

Die Notwendigkeit einer Steigerung der Ressourceneffizienz wird von nahezu allen Akteuren aus Politik, Industrie, Zivilgesellschaft sowie der wissenschaftlichen Beratung betont. Allerdings gibt es keinen Konsens darüber, mit welchen Ansätzen und konkreten Politikinstrumenten dies erreicht werden soll.

Das Ziel der vorliegenden Akteursanalyse ist es, eine Übersicht über die Forderungen nach bzw. Ablehnung von konkreten Ressourcenpolitikinstrumenten zu schaffen, wie sie in der öffentlichen Debatte der letzten Jahre vorgebracht wurden. So soll aufgezeigt werden, welche Politikinstrumente für welche Akteure aus welchen Gründen zustimmungsfähig sind und warum andere Instrumente abgelehnt werden.

Die vorliegende Akteursanalyse baut auf einer im Rahmen des PolRes-Projektes durchgeführten Debatteanalyse auf. In dieser wurden die Diskurse der Ressourcenpolitik identifiziert (Jacob et al. 2013). Auch hier wurden bereits Äußerungen zu bestimmten Politikinstrumenten erhoben, jedoch ging es in erster Linie um die Ziele, Erwartungen und Positionen der Akteure. In der vorliegenden Akteursanalyse stehen hingegen die konkreten Politikinstrumente im Vordergrund.

In Kapitel 2 wird zunächst das methodische Vorgehen dargestellt. Dies beinhaltet auch die Auflistung und Klassifizierung der betrachteten Akteure. Weiterhin werden die betrachteten Instrumente dargestellt und systematisiert. In Kapitel 3 wird die Auswertung der analysierten Quellen berichtet. Hier werden die Begründungen für bzw. gegen konkrete Politikinstrumenten zur Steigerung der Ressourceneffizienz beschrieben. In Kapitel 4 steht ein Fazit und Handlungsempfehlungen für ProgRes II. Der Anhang (Kapitel 5) enthält das Analyseraster sowie eine Übersicht der ausgewerteten Quellen.

2. Methode

Die Analyse basiert auf der Auswertung der schriftlich festgehaltenen Positionen der Akteure, wie sie in Stellungnahmen, Positionspapieren, wissenschaftlichen Studien, Strategien oder offiziellen Drucksachen vorgebracht wurden (vgl. Überblick der ausgewerteten Quellen im Anhang). Hierfür wurde neben einer Google-Suche (Stichwortsuche „Akteur X + Ressourceneffizienz“) die Publikationen auf den entsprechenden Webseiten des jeweiligen Akteurs analysiert, um ggf. Positionen zum Thema zu finden, die nicht mit ‚Ressourceneffizienz‘ überschrieben sind (z.B. Kreislaufwirtschaft etc.) (bis einschl. 2011, falls auf der Website vorhanden).

Die Kategorisierung der Stellungnahmen nach Akteursgruppen erfolgt anhand der Selbstzuschreibung der Akteure, wie sie z.B. auf der eigenen Website festgehalten ist. Die Auswahl der Akteure beruht auf der Einschätzung der Verfasserin hinsichtlich der Relevanz des Akteurs für die jeweilige Akteurskategorie für die Ressourcenpolitik in Deutschland. Dabei orientiert sie sich auch an den bereits durchgeführten Debatteanalysen zum Thema Ressourcenpolitik sowie der Akteursanalyse zum Thema Indikatoren (Jacob et al. 2014).

Bei der Analyse wurden Akteure aus den folgenden Kategorien berücksichtigt: 1) Wissenschaftliche Beratung, 2) (Umwelt-)NGOs, 3) Unternehmen und Unternehmensverbände, 4) Parteien, 5) Gewerkschaften, 6) Bundesländer, 7) Kommunen (vgl. ausführliche Auflistung in Kap. 3). Die Kategorien dienen dabei

als Suchraster um ein breites Spektrum an Akteuren zu identifizieren; sie stellen keine analytische Kategorie dar. Es werden keine Schlussfolgerungen angestrebt um von der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Kategorie auf die Position zu schließen oder diese zu erklären.

Die Quellen mit den Positionen der Akteure wurden auf der Grundlage eines Analyserasters systematisch erfasst (vgl. Analyseraster im Anhang). Dabei wurden nicht nur die Positionen zu konkreten Politikinstrumenten aufgenommen, sondern auch die (sofern vorhanden) zugrunde liegende Argumentation. Darüber hinaus wurde erhoben, ob der Vorschlag gemeinsam mit einem anderen Akteur, und wenn ja, mit wem gemacht wurde. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von Frühjahr 2011 bis Januar 2015. So konnte auch auf die Stellungnahmen während der EU-Konsultation zum RE-Fahrplan sowie zum Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) zurückgegriffen werden.

Nicht ausgewertet wird die Häufigkeit oder das Gewicht der Argumente bzw. der sie vertretenden Akteure (im Sinne einer Abstimmung). Die Machtdimension bzw. der unterschiedliche Einfluss der Akteure soll an dieser Stelle nicht abgebildet werden. Ob es schwerer wiegt, dass ein Instrument von den Industrieverbänden, einem einzelnen Industrieverband, einem Akteur der wissenschaftlichen Beratung oder den NGOs gefordert oder abgelehnt wird, wird hier nicht analysiert. Was die Analyse leistet, ist eine qualitative Auswertung der Argumente der Akteure, um die Gründe für eine Befürwortung oder Ablehnung eines Politikinstrumentes nachzuvollziehen.

Nachfolgend werden zunächst die betrachteten Akteursgruppen, etwaige Besonderheiten bei der Erhebung, sowie die Liste an Politikinstrumenten dargestellt.

2.1. Welche Akteure und Akteursgruppen wurden betrachtet?

Die einzelnen Akteure, deren Stellungnahmen zu Instrumenten der Ressourcenpolitik erhoben wurden, sowie deren Akronyme, sind nachfolgend aufgelistet. Ausgangspunkt der Recherche waren die Akteursgruppen; innerhalb derer wurden Akteure von Einzelakteuren bis hin zu Verbänden und Netzwerken einbezogen.

Bei der Auswertung der Quellen ist zu berücksichtigen, dass sowohl die Häufigkeit von Stellungnahmen zur Ressourcenpolitik als auch die Instrumentenkategorie durch politischen Prozesse bzw. die politische Agenda auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bestimmt ist. So wurde im Zuge der Formulierung von ProgRess sowie dem EU-Ressourceneffizienz-Fahrplan (beides 2011) jeweils zu einer breiten Kommentierung eingeladen. Entsprechend zahlreich und detailliert sind hier die Stellungnahmen der Akteure, die sich daran beteiligt haben. Nach Ende der Konsultationen ist die Dichte und vor allem Detailliertheit von Stellungnahmen zu Ressourcenpolitikinstrumenten deutlich geringer geworden, auch wenn sich immer wieder Positionspapiere inklusive Forderungen zur Ausgestaltung der Ressourcenpolitik finden lassen. Auch lässt sich feststellen, dass der 2011 noch hoch auf der Agenda stehende Rohstoffsicherheitsdiskurs derzeit (Februar 2015) nicht mehr von der gleichen Brisanz ist, da sich die Situation an den Rohstoffmärkten deutlich entspannt hat. Es kann vermutet werden, dass dies auch die Forderungen nach konkreten Politikinstrumenten beeinflusst.

Die in der Kategorie **wissenschaftliche Beratung** analysierten Akteure sind die folgenden:

FÖS ¹	Forum ökologisch soziale Marktwirtschaft
RNE	Rat für nachhaltige Entwicklung
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UBA	Umweltbundesamt

Von RNE und SRU wurden die Sondergutachten, die Empfehlungen für die Ressourcenpolitik enthalten, ausgewertet. Bei FÖS und UBA wurden nur als „Positionspapiere“ gekennzeichnete oder im Rahmen der Konsultation zu ProgRess und/oder der EU Ressourceneffizienz-Roadmap eingereichte Vorschläge ausgewertet.

Aus der Gruppe der **(Umwelt-)NGOs** wurden folgende Akteure analysiert:

AK Rohstoffe	
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
DNR	Deutscher Naturschutzring
EEB	European Environmental Bureau
FoEE	Friends of the Earth Europe
Misereor	(Hilfswerk der katholischen Kirche)
NABU	Naturschutzbund Deutschland

Neben den großen deutschen Umweltverbänden sowie dem entwicklungspolitischen Verband Misereor, wurden FoEE und EEB, als zwei europäische Dachverbände der Umwelt-NGOs, in die Auswertung einbezogen. Beide hatten sich zur Konsultation des EU Fahrplans gemeinsam geäußert. Von den deutschen NGOs sind bei EEB u.a. DNR, DUH (Deutsche Umwelthilfe) sowie der BUND vertreten; bei FoEE vertritt der BUND die deutschen NGOs.

Von den **Unternehmen und Unternehmensverbände** wurden folgende Akteure in die Auswertung einbezogen:

Aurubis	
BAK	Bundesarchitektenkammer
BDE	Bundesverband deutscher Entsorgungs-, Wasser und Rohstoffwirtschaft
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BITKOM	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien
DIHK	Deutsche Industrie- und Handelskammer
VCI	Verband der Chemischen Industrie e.V.
VDA	Verband der deutschen Automobilindustrie
VDI-ZRE	Verein Deutscher Ingenieure – Zentrum Ressourceneffizienz
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagen
VZO	Zentralverband Oberflächentechnik
ZDB / Bauindustrie	Zentralverband Deutsches Baugewerbe / Hauptverband der deutschen Bauin-

¹ In der Satzung des FÖS (§ 3 Zweck des Vereins) wird die wissenschaftliche Arbeit des Vereins betont; entsprechend erfolgt hier die Zuteilung zu den wissenschaftlich beratenden Akteuren (und nicht zu den NGOs) (vgl. FÖS-Website > Über uns > Satzung).

dustrie

In der Kategorie Parteien werden Äußerungen zum Thema Ressourcenpolitik von den Fraktionen aufgenommen, die im Deutschen Bundestag vertreten sind (Stand Februar 2015). Darüber hinaus wird das Sondervotum „Handlungsempfehlungen“ der Projektgruppe 3 der „Wachstums, Wohlstands, Lebensqualität“-Enquete, die im Juni 2013 ihren Abschlussbericht vorlegte, als Quellen in die Analyse einbezogen (WWL 19926ff). Das Sondervotum, welches eine Vielzahl an konkreten Ressourcenpolitikinstrumenten enthält, wurde von SPD und Bündnis 90/Grüne, unter Beteiligung von Sachverständigen², formuliert.

CDU/CSU	Unionsparteien
B90/G	Bündnis 90/ Die Grünen
LINKE	DIE LINKE
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WWL	Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (Sondervotum „Handlungsempfehlungen“ der Projektgruppe 3)

Von den **Gewerkschaften** wurden Folgende in die Analyse aufgenommen:

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
IG Bau	Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall

Zwar betonen die Gewerkschaften die Bedeutung von Ressourceneffizienz, jedoch sind in dieser Akteursgruppe kaum Forderungen hinsichtlich konkreter Politikinstrumente zu finden (Zeitraum der Analyse: 2011-2015, falls Pressemitteilungen / Positionspapiere bis zu diesem Zeitpunkt auf der Website vorhanden sind).

IG BCE hat gemeinsam mit dem VCI und der Bundearbeitsgeberverband (BAVC) die Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie3“ gegründet³. Darin wird die Orientierung an den drei Säulen der Nachhaltigkeit betont, jedoch nicht auf konkrete Instrumente der Ressourceneffizienz eingegangen. Allgemein sprechen die Gewerkschaften sich gegen einseitige, überfordernde klima- und umweltpolitische Zielsetzungen in Deutschland und Europa aus, da diese angesichts globaler Märkte nicht zu einer Verbesserung führen würden und Umweltbelastungen nur verschoben würden (IG BCE et al. 2013)³.

Die IG Metall hat 2009 einen Leitfaden „Ressourceneffizienz erhöhen und Arbeitsplätze sichern“ herausgegeben, der vom Wuppertal Institut erstellt wurde. Darin werden die Kernstrategien aus MaRes aufgezählt (vgl. Kristof/Hennicke 2010), jedoch wird dies für die vorliegende Akteursanalyse nicht als eine konkrete Forderung der IG Metall gewertet. In einem Beitrag auf der Website „Ressourceneffizienz – entscheidender Beitrag zur Energiewende“ wird lediglich allgemein betont, dass Ressourceneffizienz ein entscheidender Wettbewerbsfaktor der Industrie sei und nicht nur aus ökologischen Gründen notwen-

² Prof. Dr. Ulrich Brand, Dietmar Hexel, Prof. Dr. Martin Jänicke, Michael Müller und Prof. Dr. Uwe Schneidewind.

³ www.chemiehoch3.de

dig. Außerdem wird die Bedeutung der Mitbestimmung der Beschäftigten für Innovationsprozesse herausgestellt. Die wenigen konkreten Forderungen werden nachfolgend in Kapitel 3 zu den Positionen der Akteure aufgenommen.

Nachfolgend werden zwei Akteursgruppen aufgeführt, bei denen beide keine konkreten Forderungen gefunden wurden. Da auch die Enthaltung ggf. ein interessanter Befund ist, werden sie dennoch kurz vorgeseht.

Bei den **Bundesländern** wurden Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen analysiert, die auf Länderebene als Vorreiter im Bereich der Ressourceneffizienzpolitik gelten. In beiden Ländern gibt es Aktivitäten hinsichtlich der Ausarbeitung einer Landesstrategie zur Steigerung der Ressourceneffizienz⁴ – jedoch liegen noch keine öffentlich verfügbaren Dokumente vor, in denen konkrete Instrumente benannt werden.

BaWü	Baden-Württemberg
NRW	Nordrhein-Westfalen

Um die Positionen der Kommunen in die Analyse mit aufzunehmen, wurden die **kommunalen Spitzenverbände** hinsichtlich konkreter Forderungen zu Ressourceneffizienz-Instrumente analysiert. Jedoch äußern sich die kommunalen Spitzenverbände in keinem ihrer Positionspapiere zum Thema Ressourceneffizienz oder stellen Forderungen bezüglich bestimmter ressourcenpolitisch erwünschter Instrumente⁵.

Deutscher Landkreistag	
DST	Deutscher Städtetag
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund

Im nächsten Kapitel geht es nun um die Begründungen für oder gegen die konkreten Instrumente, die in den Positionspapieren und Stellungnahmen der aufgeführten Akteure benannt werden.

⁴ In BaWü wurde im Mai 2014 die „Akteursplattform Ressourceneffizienz Baden-Württemberg“ vom Umweltminister ins Leben gerufen. Diese soll in den kommenden zwei Jahren einen Fahrplan erarbeiten, inklusive der Benennung der vordringlichen Handlungsfelder sowie konkreter Instrumente (BaWü 2013); auch in NRW werden derzeit Ressourceneffizienz-relevante Strategien erarbeitet: neben der Umweltwirtschaftsstrategie auch ein ökologischer Abfallwirtschaftsplan. Auch hier sind zum Stand der Ausarbeitung der Akteursanalyse (Februar 2015) keine konkreten Instrumente zu finden. Ziel ist es im Sommer 2015 mit der Umsetzung zu beginnen. Beim Ökologischen Abfallwirtschaftsplan, der „wichtige[r] Baustein für [die] neue Umweltwirtschaftsstrategie“ (NRW 2014) ist fand eine Öffentlichkeitsbeteiligung bis Juli 2014 statt. Der Entwurf wurde dann dem Landtag zugestellt (auf der Website ist der Entwurf jedoch nicht mehr einsehbar).

⁵ Zwar wird das Thema „Innovationsmanagement, Energie und Ressourceneffizienz als Handlungsfeld kommunaler Wirtschaftsförderung“ teilweise erkannt (vgl. Vortrag auf dem Forum dt. Innovationsförderer 2013: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/067789/index.html>). Auch gibt es ein Netzwerk „Rohstoffquelle:Produkt“. In den „Forderungen an das EU Parlament“ des Bundesverbands der kommunalen Spitzenverbände (DST et al. 2014) werden Erneuerbare Energien / Energieeffizienz angesprochen, nicht aber das Thema Ressourceneffizienz.

3. Positionen zu Instrumenten der Ressourcenpolitik

Welche ressourcenpolitischen Instrumente werden von wem, aus welchen Gründen befürwortet? Aus welchen Gründen werden sie abgelehnt? Durch die Erhebung der Positionspapiere und Stellungnahmen der analysierten Akteure ergibt sich zunächst eine lange Liste an ressourcenpolitischen Instrumenten, die nachfolgend nach den Interventionspunkten entlang der Wertschöpfungskette kategorisiert wird. Die Zuordnung zu einem Interventionspunkt ist häufig nicht eindeutig möglich, was jedoch für die Analyse der Begründungen keine Konsequenzen hat. Häufig ist auch die konkrete Ausgestaltung (z.B. Höhe der Steuern, Geltungsbereich der Regulationen, usw.) nicht direkt erkennbar. Zustimmung ist also nicht gleich Zustimmung, sondern meist an Bedingungen zur Ausgestaltung geknüpft, welche sowohl innerhalb einer Akteursgruppe, als auch über verschiedene Gruppen hinweg variiert. Sofern sich die Akteure dazu geäußert haben, ist dies in den Unterabschnitten spezifiziert.

Übersicht 1: Liste der von den analysierten Akteuren benannten konkreten Ressourcenpolitikinstrumente (inkl. der Nennung in ProgRess)

Liste der von Akteuren genannten konkreten Ressourcenpolitikinstrumenten (inkl. ggf. der Nennung in ProgRess)
Rohstoffextraktion, -aufbereitung und -handel
Zertifizierung der Rohstoffgewinnung (Einbindung von Kriterien zu Umweltwirkungen und den sozialen Auswirkungen) > ProgRess (HA 10; HA 20)
Unterstützung EITI > ProgRess (HA 10)
BGR-Fingerprint (= Herkunftsnachweis) > ProgRess (HA 10)
Umwelt- und Sozialstandards in Rohstoffpartnerschaften und bilateralen EZ-Vorhaben der Rohstoffextraktion > ProgRess (HA 1, HA 20)
Reform des BbergG / Raumordnung (Integration von RE-Aspekten) > Prüfauftrag: ProgRess (HA 18)
Verbot von Minen die Mindeststandards nicht einhalten
Gesetzlich verankerte Sorgfaltspflichten für Unternehmen aus dem Rohstoffsektor und Finanzdienstleister/ Investoren
Folgenabschätzung für bilaterale Handelsabkommen
Öffentliche Kreditvergabe für Rohstoff-Vorhaben an die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards knüpfen
Rohstoffstrategien auf Ebene der Bundesländer erarbeiten
Internationale Exportrestriktionen abbauen
Begrenzung von Rohstoffspekulationen (Derivatehandel regeln, Berichtspflicht für Rohstoffhändler)
Transaktionssteuer auf Rohstofftermingeschäfte (EU-Ebene)
Transparente und demokratische Weiterentwicklung der dt. Rohstoffstrategie
Produktgestaltung
RE in der Ökodesign-Richtlinie (inkl. Sekundärmaterialanteil, Haltbarkeit, Recyclierbarkeit, Reparierbarkeit, Wiederverwendbarkeit) > ProgRess (HA 6, HA 15)
Dynamische Produktstandards (z.B. Top-Runner) > ProgRess (HA 9, HA 20)
Integration von RE-Aspekten in die öffentliche Beschaffung > ProgRess (HA 11)
Einbezug von RE-Belangen in die Normung / Fortschreibung Normungsstrategie > ProgRess (HA7)
Ausarbeitung und Einführung spezifischer Normen für RE > Prüfauftrag: ProgRess (HA7)
Internationaler Umwelttechnologietransfer > ProgRess (HA 19)
Exportnetzwerk Ressourceneffizienz > Prüfauftrag: ProgRess (HA 19)
Innovationsförderprogramme für KMU > ProgRess (HA 4)
Förderung von Leuchtturmprojekten, Demonstrationsprojekten und Erstanwendungen > ProgRess (HA 4, HA 9)
Substitutionsquoten

Liste der von Akteuren genannten konkreten Ressourcenpolitikinstrumenten (inkl. ggf. der Nennung in ProgRes)
Innovationspartnerschaften
Steuerliche F&E-Förderung
Verbindliche Ziele für Einzelhandel für Öko-label Produkte
Baustoffsteuer
Verbot von Um- oder Mehrverpackungen
Getränkeverpackungssteuer
Produktionsprozesse
Effizienzberatung von Unternehmen > ProgRes (HA 3)
RE-Kompetenz in Aus- und Weiterbildung verankern > ProgRes (HA 8)
Verschärfung der Umweltstandards in der Produktion > ProgRes (HA 4)
Ressourcensteuern
Nachfrage / Konsum / Nutzung
Labels / Produktinformationssysteme für RE (allgemein) > ProgRes (HA 9, HA 15)
Weiterentwicklung Blauer Engel
Längere Gewährleistungspflichten > Prüfauftrag: ProgRes (HA 15)
Abbau von Subventionen die einen Anreiz für die verstärkte Nutzung von Ressourcen geben > Prüfauftrag: ProgRes (HA 16)
Steuerliche Anreize für ressourceneffiziente und vollständig recycelbare Produkte (z.B. reduzierter MwSt-Satz).
Dematerialisierungsansätze fördern (z.B. Telearbeit, Nutzen statt Besitzen)
Entsorgung / Recycling
Weiterentwicklung Produzenten- / Produktverantwortung unter Ressourcenschutzaspekten > ProgRes (HA 12)
Wertstofftonne einführen > ProgRes (HA 12)
Verhinderung illegaler Exporte (z.B. Ausfuhrkontrollen ausweiten, Umkehr der Beweislast ...) > ProgRes (HA 14)
Zertifizierung ausländischer Recyclinganlagen > Prüfauftrag: ProgRes (HA 10)
Rückgabepflichten für best. Produkte (Verbraucher, z.B. Pfand)
Mindeststandards für alle Stufen der Entsorgungskette
Gewichtsbasierte Gebührenordnung bei Abfall
Ambitionierte Recyclingquoten
Materialspezifische Recyclingquoten
Quoten für die stoffliche Nutzung / Vorrangnutzung vor energetischen
Marktanzreize für Sekundärmaterial
Vorbehandlungsgebot für alle Siedlungsabfälle
Einführung eines Wertstoffgesetzes zur Förderung von Urban Mining
nachgelagerte Ressourcenabgaben auf Produkte
Steuer auf Müllverbrennung
Management / Unternehmensberichterstattung
Stärkere Verbreitung von EMAS > ProgRes (HA 5)
Kennzahlen und Benchmarking-Systeme > ProgRes (HA 15)
Ressourcenaspekte als Key Performance Indicator in Unternehmensberichterstattung
Regelmäßige Beratung zu den Ressourcenverbräuchen zw. Unternehmensleitung und Betriebsrat
Sonstiges (Internationales, Institutionen)

Liste der von Akteuren genannten konkreten Ressourcenpolitikinstrumenten (inkl. ggf. der Nennung in ProgRes)
Internationale Konvention zum Schutz der natürlichen Ressourcen > ProgRes (HA 20)
Integration von RE-Aspekten in bestehende Rechtsgebiete (z.B. KrWG, BImSchG, UVP, Umweltauditgesetz, Baugesetz/BauG) Raumplanungs-vorschriften) > Prüfauftrag: ProgRes (HA 18) (alle)
Wissenschaftliches Ressourcenpanel (ähnlich IPCC)
internationale Rohstoffagentur unter UN-Aufsicht
Aufbau eines Eurostat Daten Centres zu Produkten und natürlichen Ressourcen
Ressourcenschutzbeirat für die B´Reg
Ressourcenschutzbelange im Welthandelsrecht integrieren
Ressourcenstammgesetz

Nachfolgend werden die Begründungen der Akteure für und gegen bestimmte Instrumente nach den Interventionspunkten in der Wertschöpfungskette dargelegt.

3.1. ... zur Rohstoffextraktion, -aufbereitung und -handel

In dieser Kategorie werden solche Instrumente aufgeführt, die darauf abzielen, die Rohstoffextraktion, -aufbereitung und den Rohstoffhandel so auszugestalten, dass ökologische und soziale Kriterien besser Berücksichtigung finden.

Für die Zertifizierung der Rohstoffgewinnung (ProgRes HA 10, 20) sprechen sich viele Akteure über verschiedene Akteursgruppen hinweg explizit aus (RNE, SRU, AK Rohstoffe, DNR, Misereor, alle Parteien). Sie sehen darin eine Möglichkeit, die Absatzmöglichkeiten für Rohstoffe aus illegalem sowie nicht umwelt- und sozialverträglichem Abbau zu verringern und letztlich zu einer nachhaltigeren Abbauweise beizutragen (SRU). Unterschiede ergeben sich hier in der Ausgestaltung der Zertifizierung. Während CDU/CSU eine freiwillige Zertifizierung befürworten, wollen RNE, B90/G und SPD (B90/G, SPD Plenar-debatte, WWL) eine projektbasierte, verpflichtende Offenlegung, nur so sei „echte Transparenz“ zu erreichen; beispielgebend sei der Dodd-Frank Act (WWL 20654, RNE 2015). Der SRU betont als einziger auch die Notwendigkeit der Zertifizierung des Kleinbergbaus, weil besonders dort häufig unter nicht nachhaltigen Bedingungen produziert und Zertifizierungen insbesondere dort zu einer deutlichen Verbesserung ökologischer und sozialer Bedingungen führen könnten (SRU). Von den Unternehmen gibt es keine expliziten Befürworter einer Zertifizierung. Explizit dagegen, vor allem gegen nationale Ansätze, spricht sich BITKOM aus. Eine (nationale) Zertifizierung sei zu teuer und praktisch unmöglich. Als Alternative zu nationalen Zertifizierungsansätzen schlägt BITKOM konkret die Electronic Industry Citizenship Coalition (EICC) vor (BITKOM 2011), ein privater, freiwilligen ‚Code of Conduct‘, dem über 100 internationale Unternehmen der Elektronikindustrie angehören und der Standards zu ökologischen, sozialen und ethischen Fragen festschreibt. Im EICC-Code ist keine *third-party* Verifizierung der Einhaltung der Standards vorgesehen (EICC 2014).

Die BAK sowie der BDI betonen außerdem, dass keine gesonderte Zertifizierung im Baubereich nötig sei, da es schon zahlreiche etablierte internationale und ein nationales Zertifizierungssystem für nachhaltiges Bauen gebe (BDI 2011/ProgRes, BAK 2011).

Hinsichtlich der freiwilligen Transparenzinitiative EITI, für deren Unterstützung sich die Bundesregierung in ProgRes ausspricht (ProgRes HA 10), äußern sich auch RNE und BDI positiv (RNE hält dies allerdings

nicht für ausreichend, s.o.). So sei die transparente Verwendung von Rohstoffeinnahmen für die nachhaltige Entwicklung der Förderländer sowie für eine langfristige und stabile Rohstoffversorgung Deutschlands eine wichtige Voraussetzung. Es solle aber sichergestellt werden, dass im deutschen EITI-Berichtsstandard die Transparenzanforderungen nicht gegen nationale Wettbewerbsregelungen verstoßen (kartellrechtlich untersagt sind bspw. Informationen über Produktionsmengen, Marktanteile, Angebotsabgaben) (BDI 2015). B90/G hält den Ansatz, Transparenz in die Zahlungsströme zwischen Rohstoffkonzernen und Regierungen zu bringen zwar für unterstützenswert, er könnte eine verbindliche Regulierung aber nur punktuell ersetzen (B90 Rohstoffstrategie). Im Sondervotum der WWL Enquete wird neben der Zertifizierung der Rohstoffgewinnung auch eine Zertifizierung von Handelsketten von bestimmten kritischen Rohstoffen gefordert. Dabei wird auf das Pilotverfahren der BGR (BGR-Fingerprint) (ProgRess HA 10) verwiesen (WWL 20640). Auch der SRU sieht in dem vom BGR entwickelten chemisch-mineralogischen Fingerprint ein wichtiges Instrument zur Überprüfung der Herkunft, wobei derzeit die Kosten noch sehr hoch seien (SRU).

Von verschiedenen Akteuren aus wissenschaftlicher Beratung (SRU), Umwelt-NGOs (Misereor) und den Parteien B90/G sowie der WWL Enquete wird außerdem die Notwendigkeit betont, auch in Rohstoffpartnerschaften und bilateralen EZ-Vorhaben der Rohstoffextraktion Umwelt- und Sozialstandards festzuschreiben (ProgRess HA 1, 20). So könnte die Wertschöpfung vor Ort gesteigert, die lokale Bevölkerung beteiligt und der Schutz endlicher Ressourcen gefördert werden (WWL). Die LINKE spricht sich gegen Rohstoffpartnerschaften wie der mit Kasachstans aus (Linke Plenarprotokoll), genauere Aussagen liegen nicht vor (Linke Plenarprotokoll).

Der Prüfauftrag in ProgRess zur Integration von RE-Aspekten im BbergG und Raumordnung (ProgRess HA 18) wird von den Akteuren der wissenschaftlichen Beratung explizit von SRU und UBA, sowie von DNR und von B90/G unterstützt (die CDU/CSU schließt sich dem Prüfauftrag an). Eine Reform wird gefordert, weil zwar auch derzeit Umweltbelange theoretisch (über § 48 Absatz 2 Satz 1) als „überwiegend öffentliche Interessen“ als Grund herangezogen werden können, die Zulassung eines bergbaulichen Vorhabens zu verhindern – jedoch sei diese Rechtsstellung von Naturschutzbelangen nur schwach (SRU, UBA) und eine Prüfung nicht explizit vorgesehen (SRU, UBA, DNR 2014). Der SRU schlägt vor „ein Primat zur Konfliktvermeidung“ zu etablieren, wobei je abhängig von der Schwere des bergbaulichen Eingriffs in die Umwelt eine Genehmigung an besondere Bedingungen zum Nachweis eines Bedarfs geknüpft werden solle (SRU, einen Bedarfsnachweis fordert auch der DNR). Das UBA fordert darüber hinaus die Streichung der sogenannten Rohstoffsicherungsklausel (§ 48 Absatz 1 Satz 2), da diese im Zielkonflikt mit dem Ressourcenschutz stehe und zu Missverständnisse bei der Rechtsauslegung führen könnte (UBA 2013). B90/G fordern zudem mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz bei den Genehmigungsverfahren, da sich die Bürgerinnen und Bürger oft von den Behörden und Bergbauunternehmen überrumpelt fühlten (B90 Rohstoffstrategie); DNR fordert auch eine bessere Klagemöglichkeit für anerkannte Natur- und Umweltschutzverbände. Explizit gegen eine Reform des BbergG ist der BDI, der im Gegensatz die Belange der Rohstoffgewinnung in der Landesplanung und Raumordnung stärker beachtet wissen will. Das BbergG in seiner jetzigen Form beinhalte bereits hohe Schutz- und Vorsorgeanforderungen und werde laufend an die geltenden Umweltbestimmungen angepasst. Durch eine Reform könne die Planungs- und Rechtssicherheit für langfristige Vorhaben geschwächt werden (BDI 2015).

Weitere Instrumentenvorschläge (nicht in ProgRes)

Weitere Instrumente im Bereich der Rohstoffextraktion, die nicht in ProgRes vorkommen, werden von verschiedenen NGOs, der WWL Enquete sowie dem BDI gefordert. Um sicherzustellen, dass Mindeststandards in der Breite des Rohstoffsektors angewandt werden und durch eine Zertifizierung nicht bloß ein „Spitzensegment“ des Rohstoffmarktes entstehe, sprechen sich DNR (ohne weitere Begründung) sowie die WWL Enquete (20648) für ein Verbot von Minen aus, die Mindeststandards nicht einhalten.

AK Rohstoffe und Misereor fordern eine gesetzlich verankerte (menschenrechtliche) Sorgfaltspflicht für Unternehmen, da die bestehenden CSR-Ansätze der Unternehmen und vorhandenen Zertifizierungsansätze nicht ausreichen, um Menschenrechtsverletzungen in Zukunft zu verhindern (AK Rohstoffe, Misereor).

Misereor fordert darüber hinaus eine Folgenabschätzung für bilaterale Handelsabkommen, um mögliche menschenrechtliche Risiken frühzeitig zu identifizieren.

Im Sondervotum der WWL wird vorgeschlagen, die öffentliche Kreditvergabe für Rohstoffvorhaben an die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu knüpfen und deren Einhaltung zu kontrollieren bzw. Verstöße zu ahnden (WWL 20131).

In seinem Grundsatzpapier 2015 schlägt auch der BDI weitere konkrete ressourcen- bzw. rohstoffpolitische Instrumente vor: so sollen Rohstoffstrategien auf Ebene der Bundesländer erarbeitet werden, um ein Bewusstsein für die heimische Rohstoffgewinnung in Behörden, Multiplikatoren und der Bevölkerung zu stärken und zukünftige Rohstofflagerstätten abzusichern (als gutes Beispiel wird die sächsische Rohstoffstrategie angeführt; BDI 2015). Außerdem seien internationale Exportrestriktionen abzubauen, indem Verstöße vor die WTO gebracht, Streitbeilegungsverfahren gegen die betreffenden Länder angestrengt und eine Weiterentwicklung der multilateralen Regeln forciert würde, durch die Exportzölle verboten werden (derzeit konform mit WTO-Regeln, obwohl sie eine Subvention der inländischen Industrie darstellten) (BDI 2015).

B90/G sowie WWL Enquete fordern die Begrenzung von Rohstoffspekulationen, indem der Derivatehandel geregelt und eine Berichtspflicht für Rohstoffhändler eingeführt wird. Die WWL geht hier in ihren Vorschlägen noch weiter; gefordert wird die Eindämmung außerbörslichen (OTC)-Handels, Verhinderung exzessiver Spekulation über Ex-ante-Positionslimits, ein Verbot für den Handel von Rohstoff-Index- und Investmentfonds sowie eine Transaktionssteuer auch für den Rohstoffterminhandel (auf EU Ebene) (20378).

Eine transparente und demokratische Weiterentwicklung der deutschen Rohstoffstrategie wird vom AK Rohstoffe gefordert, um alle von der Rohstoffpolitik betroffenen Akteure einzubinden. Bei der Formulierung der deutschen Rohstoffstrategie sei weder das Parlament noch die Zivilgesellschaft ausreichend eingebunden worden.

Übersicht 2: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten zur Rohstoffextraktion, -aufbereitung und -handel

	Befürworter	Ablehnung
Rohstoffextraktion, -aufbereitung und -handel		
Zertifizierung der Rohstoffgewinnung (Einbindung von Kriterien zu Umweltwirkungen und den sozialen Auswirkungen) ProgRess (HA 10; HA 20) >	<p>Wissenschaftl. Beratung: SRU (vor allem für Kleinbergbau) RNE (Dodd-Frank als Vorbild)</p> <p>Umwelt-NGO AK Rohstoffe („nicht nur eine Region wie bei Dodd-Frank; zusätzlich gesetzliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, s.u.) DNR (globale Zertifizierung mineralischer Rohstoffe) Misereor (inkl. regelmäßige Audits und menschenrechtl. Folgenabschätzung)</p> <p>Parteien CDU/CSU (freiwillige) B90/G (Dodd-Frank auf EU übertragen) SPD (Projektbasierte Offenlegung ...) WWL Enquete (Sondervotum 20651, 20121, 20637) („projektbasiert“, muss durch andere ordnungspolitische Instrumente ergänzt werden, Zertifizierung von Handelsketten)</p>	<p>Unternehmen BITKOM (v.a. gegen nationale Ansätze, „zu teuer und praktisch unmöglich“)</p> <p>[Bundesarchitektenkammer: “keine gesonderte Zertifizierung von Ressourceneffizienz [im Baubereich] nötig”] [BDI: „keine zusätzliche Zertifizierung im Baubereich nötig, schon zahlreiche nationale und internationale vorhanden”]</p>
Unterstützung EITI ProgRess (HA 10)	<p>Wissenschaftl. Beratung: RNE („wichtiger Schritt aber nicht ausreichend“)</p> <p>Unternehmen BDI („freiwillig, für alle Unternehmen geltend“)</p> <p>Parteien B90/G („unterstützenswert, reichen nicht aus“)</p>	
BGR-Fingerprint (= Herkunftsnachweis) ProgRess (HA 10)	<p>Wissenschaftl. Beratung: SRU</p> <p>Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20126) („um NH-Kriterien erweitern“)</p>	
Umwelt- und Sozialstandards in Rohstoffpartnerschaften und bilateralen EZ-Vorhaben der Rohstoffextraktion ProgRess (HA 1, HA 20)	<p>Wissenschaftl. Beratung: SRU</p> <p>Umwelt-NGO Misereor (an Bedingungen menschlicher Sorgfalt knüpfen; B´Tag einbeziehen, Folgenabschätzung, Beteiligung Zivilgesellschaft)</p> <p>Parteien B90/G (Steigerung der Wertschöpfung vor Ort) WWL Enquete (Sondervotum 20623)</p>	<p>Parteien [Linke („keine Rohstoffpartnerschaften mit Diktaturen“)]</p>
Reform des BbergG / Raumordnung (Integration von RE-Aspekten) Prüfauftrag: ProgRess (HA 18)	<p>Wissenschaftl. Beratung: SRU (BbergG) UBA (sämtliches Fachplanungsrecht)</p> <p>Umwelt-NGO DNR (BbergG)</p>	<p>Unternehmen BDI 2015 („Belange der Rohstoffgewinnung stärker beachten“; BbergG in jetziger Form beibehalten“)</p>

	Befürworter	Ablehnung
	Parteien B90/G (Förderabgabe, mehr Bürgerbeteiligung, Transparenz) CDU/CSU (bestätigen Prüfauftrag)	
Verbot von Minen die Mindeststandards nicht einhalten	Umwelt-NGO DNR Parteien WWL Enquete (Sondervotum 206348)	
Gesetzlich verankerte (menschrechtliche) Sorgfaltspflichten für Unternehmen aus dem Rohstoffsektor und Finanzdienstleister/ Investoren	NGO AK Rohstoffe („Zertifizierungsansätze reichen nicht aus“) Misereor	
Folgenabschätzung für bilaterale Handelsabkommen	Umwelt-NGO Misereor (zivilgesellschaftliche Gruppen einbeziehen)	
Öffentliche Kreditvergabe für Rohstoff-Vorhaben an die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards knüpfen	Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20131)	
Rohstoffstrategien auf Ebene der Bundesländer erarbeiten	Unternehmen BDI 2015 („Rohstoffbewusstsein fördern“)	
Internationale Exportrestriktionen abbauen	Unternehmen BDI 2015	
Begrenzung von Rohstoffspekulationen	Parteien B90/G (Regelung des Derivatehandels + Berichtspflicht für Rohstoffhändler) WWL Enquete (Sondervotum 20378)	
Transaktionssteuer auf Rohstofftermingeschäfte (EU-Ebene)	Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20390)	
Transparente und demokratische Weiterentwicklung der dt. Rohstoffstrategie	NGO AK Rohstoffe („breite Konsultation; Startpunkt ein gesell. breiter Rohstoffkongress; nicht nur Industrie beteiligen“)	

3.2. ... der Produktgestaltung

Dieser Kategorie werden solche Instrumente zugeordnet, die darauf abzielen, dass Produkte ressourceneffizienter gestaltet werden und diese auch stärker als bisher nachgefragt werden. Dies kann durch ordnungsrechtliche Vorgaben erfolgen (namentlich der Ökodesign Richtlinie), durch Innovationsförderung oder durch Förderung des Exports von ressourceneffizienten Produkten.

Für die Integration von RE-Aspekten in die Ökodesign-Richtlinie (ProgRess HA 6, HA 15) sprechen sich Akteure aus der Wissenschaftlichen Beratung (SRU, „langfristig sinnvoll“, UBA „hohes Potenzial für Ressourcenschutz“), der NGOs (DNR, ohne weitere Begründung) sowie der Parteien (B90/G, SPD, WWL)

aus. Die Befürworter betonten dabei, dass die Produktplanung für die Lebensdauer, Reparaturfähigkeit und Verwertbarkeit von Produkten von zentraler Bedeutung ist und die Auswahl von Design, Materialien und Verbindungen im Sinne einer rohstoffschonenden Wirtschaft beeinflusst werden sollte (SRU). Der BDE spricht sich dafür aus, „die Ausweitung ... mit technisch und ökonomisch sinnvollen Kriterien zur besseren Recyclingfähigkeit oder zur Verwendung von rezyklierten Produktinhaltsstoffen ... zu prüfen“ (BDE 2014). BDI und BITKOM lehnen das Instrument der Ökodesign-RL zwar nicht direkt ab; so werde durchaus das Potenzial gesehen, durch Ökodesign „in einigen Fällen“ (BDI 2011/EU) ressourceneffizientere Produktionsstrukturen zu erreichen. Allerdings wird eine ausreichende Einbeziehung der Industrie gefordert (BDI 2011/ProgRess). Außerdem sei Ökodesign nur dort sinnvoll, wo vergleichbare Leistungsprofile bei der Nutzung der Produkte vorliegen. Die Möglichkeit, ‚ineffizientere‘ Produktgestaltung zuzulassen, sollte weiterhin bestehen, vor allem wenn dies im Lebenszyklus in der Summe zu Einsparungen führe (BDI 2011/ProgRess). BITKOM verweist darauf, dass die Realisierung von Ökodesign schon lange in der ITK Branche Einzug gehalten hätte und bereits Stand der Technik darstelle; insgesamt sei die Weiterentwicklung internationaler Standards zielführender (BITKOM). DIHK und VDMA zeigen sich bezüglich Ökodesign grundsätzlich skeptisch; sie sehen die Gefahr einer staatlichen Produktlenkung durch die Hintertür. Ökodesign-Anforderungen dürften nicht dazu führen, dass bestimmte Technologien diskriminiert oder festgeschrieben werden. Eine Erweiterung des Katalogs stelle für Unternehmen ein unkalkulierbares finanzielles und entwicklungstechnisches Risiko dar (DIHK 2012/ProgRess). Zwar können Vorgaben zum Ökodesign für Konsumgüter sinnvoll sein, so der VDMA, bei Investitionsgütern, die sich durch Komplexität und Anwendungsbreite von Konsumgütern unterscheiden, sei aber Vorsicht geboten; „Starre Designvorgaben für Maschinen und Anlagen ... [würden] die Innovationskraft lähmen“ (VDMA 2012). Daher solle auf die Regelung technischer Details in Durchführungsverordnungen verzichtet und stattdessen die Eigenverantwortung der Industrie gestärkt werden (VDMA 2014/Europa).

Neben der Regulierung des Marktzugangs durch Vorgaben der Ökodesign Richtlinie werden auch dynamische Produktstandards (z.B. Top Runner) diskutiert. Dazu ist in ProgRess Prüfauftrag festgehalten (ProgRess HA 9). Das Instrument wird von FoEE / EEB sowie den Parteien B90/G, LINKE und SPD (Plenarprotokoll ProgRess, auch WWL, ohne genauere Begründung) befürwortet. FoEE / EEB sieht in diesem Ansatz ein geeignetes ‚push‘ Instrument, um ‚worst performers‘ vom Markt zu verdrängen. Von Seiten der Industrie wird dieses Instrument abgelehnt (BDI, BITKOM, VDMA). Begründet wird dies damit, dass keine eindeutige Definition von Ressourceneffizienz vorhanden sei und keine Kriterien, an denen sich Ziele festmachen ließen (BDI 2011/ProgRess). Außerdem fehlten Standards, die ein Informationssystem sinnvoll machten (BITKOM); geeigneter sei eine technologieoffene Formulierung von politischen Zielvorgaben (VDMA 2014/wirtschaftspolitische Position). BITKOM betont außerdem, dass der dargestellte Instrumentenmix zur Unterstützung des Top-Runner-Ansatzes für den ITK Bereich bereits existiere, aber nichts mit dem Top-Runner-Ansatz zu tun habe.

Die Integration von RE-Aspekten in die öffentliche Beschaffung (in ProgRess: „Empfehlung an die Beschaffungsstellen“, HA 11) wird von verschiedenen Akteuren unterstützt (FoEE, BDE, BITKOM, ZDB, CDU/CSU, B90/G, SPD, WWL). Auch hier liegt der Unterschied im Detail: während die NGOs und B90/G dies als verbindliche Minimalanforderungen festgeschrieben wissen wollen, betont die CDU/CSU die Freiwilligkeit. Auch die SPD bleibt vage („mehr daran ausrichten“). Der BDE spricht sich dafür aus, dass

eine kreislauforientierte Produktgestaltung im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe gefördert werden solle (BDE 2014). Der ZDB sagt, dass öffentliche Auftraggeber in der Pflicht stünden, bei Eignung RC-Baustoffe auszuschreiben und auch BITKOM unterstützt, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung ressourcenschützender Normen geknüpft wird (s. Normung oben); die Leitfäden zur umweltgerechten Beschaffung werde BITKOM weiterentwickeln und fortschreiben. Von den Unternehmen sind BDI, DIHK sowie VCI komplett gegen weitere Regelungen. Es bedürfe keiner weiteren Regelungen, da RE als Kriterium im Vergaberecht bereits zulässig sei (BDI 2011/ProgRess) und die Ausrichtung an RE-Kriterien wäre vor allem für KMU mit deutlich höherem Aufwand verbunden; eine „ausufernde und nur schwer zu realisierenden Nachweispflichten für KMU“ könne jedoch nicht gewünscht werden (DIHK 2012).

Der Einbezug von RE-Aspekten in die Normung (ProgRess HA 7) wird explizit von BITKOM (ohne weitere Begründung), VDMA („das Instrument der Normung sollte im Bereich Ökodesign stärker genutzt werden“, VDMA 2012) sowie CDU/CSU und B90/G und SPD (im Rahmen von WWL) befürwortet. Der BDI ist dagegen, mit dem Hinweis, dass die Normung nicht überfrachtet werden solle, Normen hätten sich schon jetzt von den tatsächlichen Bedürfnissen des Anwenders entfernen (BDI 2011/Europa). Aspekte der Ressourcenschonung könnten sinnvoll allein bei der Planung berücksichtigt werden; und Vorgaben zur Senkung des Materialeinsatzes, z.B. bei Betonnormen, könnten zu einer Gefahr der Standsicherheit von Gebäuden führen (BDI 2011/ProgRess).

Zum Prüfauftrag aus ProgRess zur Ausarbeitung und Einführung spezifischer Normen für RE (ProgRess HA 7) wird im Sondervotum der WWL Stellung bezogen. Hier heißt es vorsichtig, dass „darüber hinaus ... spezielle Normen für Belange des Ressourcenschutzes entwickelt werden [könnte]“ (20329). Der BDI spricht sich klar gegen neue Normen zur Senkung des Materialeinsatzes aus (BDI 2011/ProgRess).

Ein internationaler Umwelttechnologie- und Wissenstransfer (ProgRess HA 19) wird sowohl von SRU als auch von BITKOM explizit unterstützt. Der SRU sieht darin ein notwendiges Instrument, um gemeinsam mit den Förderländern die ökologischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus zu verringern. BITKOM begründet die Befürwortung nicht weiter, schlägt aber in dem Zusammenhang die Harmonisierung/Anerkennung von Anlagenstandards innerhalb der EU und die Beseitigung von Hemmnissen bei grenzüberschreitender Entsorgung innerhalb der EU (z.B. Batterie-Recycling) vor. Zur Förderung der Exporte der deutschen Recyclingindustrie schlägt der BDI eine Erweiterung der Rohstoffpartnerschaften um Aspekte des Recyclings vor; dies sei eine win-win-Situation für beide Seiten. Hierzu sollte eine Öffnung der Wirtschaftsausschüsse vorgenommen werden, Recyclingexperten auf Delegationsreisen eingeladen sowie die Ausbildung qualifizierter Facharbeiter vor Ort gefördert werden (BDI 2015). Sowohl SRU als auch DIHK sprechen sich für Projekte zur Förderung der Ressourceneffizienz in Entwicklungsländern in der Entwicklungszusammenarbeit aus; der SRU meint hier vor allem den Aufbau einer Entsorgungsinfrastruktur. Auch die DIHK spricht hier von einer win-win-Situation, da zum einen umweltfreundliche Strukturen geschaffen, zum anderen das deutsche Exportpotenzial erhöht würde (DIHK 2012).

Für ein Exportnetzwerk Ressourceneffizienz (Prüfauftrag, HA 19), um den Export von Recycling- und Effizienztechnologien zu fördern, sprechen sich BDI und BITKOM aus (BITKOM ohne Begründung). Es solle aber eng mit bereits bestehenden Aktivitäten, wie der Exportinitiative Energieeffizienz und Erneuer-

erbare Energien, abgestimmt werden (dafür spricht sich auch BITKOM aus) und den Unternehmen kostenlos zur Verfügung stehen.

Die Förderung von F&E allgemein wird von der Mehrzahl der Unternehmen befürwortet (BDI, BITKOM, BAK, Aurubis, DIHK, VCI; darüber hinaus von den Parteien B90/G und CDU/CSU); nur durch Innovationen sei es möglich, Ressourceneffizienzpotenziale zu heben und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten. Spezielle Innovationsförderprogramme für KMU (ProgRess HA 4) befürwortet der ZVO, mit der Begründung, dass KMU im Unterschied zu Großunternehmen besonders auf unbürokratische und finanzielle Unterstützung angewiesen seien, um Ressourceneffizienzinnovationen zu tätigen. Der VDMA lehnt hingegen die in ProgRess (HA 4, 9) genannte Förderung von Leuchtturm-, Demonstrationsprojekten und Erstanwendungen ab. Begründung ist, dass dies die Gefahr „am Ziel vorbei zu schießen“ erhöhe und zentrales Erfolgskriterium für die Durchsetzung einer Technologie sein sollte, ob die RE-Lösung international wettbewerbsfähig ist oder nicht (VDMA 2013/ArgumentierBAR).

Weitere Instrumentenvorschläge (nicht in ProgRess)

Nicht in ProgRess genannte Politikinstrumente, die von Unternehmen im Bereich Produktentwicklung und Design gefordert werden, sind Innovationspartnerschaften (VCI) und eine steuerliche Förderung von F&E (BDI, VCI). Innovationspartnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, so der VCI recht knapp, seien ein effizientes Instrument um den Rahmen abzustecken und Investitionen zu tätigen („to set the scope and to make use of investments“). Eine steuerliche Innovationsförderung wird wegen ihrer Breitenwirksamkeit und Technologieoffenheit gefordert; so würde der Rahmen für den Einsatz und Entwicklung neuer Technologien nicht vom Staat abgesteckt, wie dies derzeit immer enger getan werde (vgl. hierzu auch PolRess-Kurzanalyse steuerliche Innovationsförderung).

Es werden einige weitere Instrumente, die beim Marktzugang von Produkten ansetzen, genannt, die nicht in ProgRess aufgeführt sind: so spricht sich FoEE / EEB für verbindliche Ziele für den Einzelhandel für Öko-Label Produkte aus, um so deren Anteil zu erhöhen.

Eine Baustoffsteuer wird von FÖS, SRU, dem AK Rohstoffe, sowie im Sondervotum der WWL Enquete befürwortet. Laut SRU würde eine solche Steuer, die schon in anderen EU-Mitgliedstaaten bestehe, keine Wettbewerbsnachteile nach sich ziehen, da Primärbaustoffe lokal abgebaut werden. Außerdem könne so der Druck auf einen weiteren Abbau in Deutschland reduziert und ein Anreiz zur erweiterten Nutzung von Sekundärrohstoffen in der Bauindustrie gegeben werden (SRU). Der AK Rohstoffe fordert, dass die Besteuerung der Entnahme / des Einsatzes von Rohstoffen als Anreize für Ressourcenschonung geprüft werden sollen, um den inländischen Rohstoffverbrauchs auf ein nachhaltiges und global gerechtes Niveau zu senken; konkret fordert er aber zunächst nur eine Primärbaustoffsteuer („den Anfang soll eine Primärbaustoffsteuer ... machen“), weil diese großen Einfluss auf den Ressourcenverbrauch hätte und so auch Recyclingbauprodukte finanziell attraktiver gemacht werden könnten (AK Rohstoffe). Die WWL Enquete geht davon aus, dass eine Baustoffsteuer einen effizienteren Einsatz in der Bauwirtschaft nach sich ziehen würde, da man auf den Abbau der zumeist nahe gelegenen eigenen Rohstoffvorkommen verzichten würde und die hohen Transportkosten Importe aus dem Ausland verhindern würden (WWL 20248). Allerdings wird von der WWL auch die andere Seite der Debatte dargestellt, die betone, dass der Recyclinganteil bei Baustoffen bereits sehr hoch sei, mit einer Baustoffsteuer keine Lenkungs-

wirkung erzielt werden könne und eine Überarbeitung der Baunormen ggf. effizienter sei – „beide Seiten der Argumentation müssen im Sinne eines kritischen Dialogs gegeneinander abgewogen und sorgfältig betrachtet werden“ (20262). Der BDI betont, dass eine Baustoffsteuer notwendige Vorhaben, wie Gebäudedämmung zur Steigerung der Energieeffizienz oder die Modernisierung der Infrastruktur, verteuern würde (BDI 2015).

Der SRU nennt eine Substitutionsquote für einzelne Massen- und Technologierohstoffe, die von hoher Umweltrelevanz sind⁶ (SRU).

Im Sondervotum der WWL wird vorgeschlagen, ein Verbot von Um- oder Mehrverpackungen (für Lebensmittel) festzuschreiben. Dies würde neben der Ressourcenschonung auch dazu führen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher immer die gerade benötigte Menge kaufen könnten und nicht auf die Vorgaben der Umverpackung angewiesen seien (WWL 20266).

Außerdem schlägt die WWL vor, darüber hinaus eine Getränkeverpackungssteuer einzuführen, die zusätzlich auch auf bereits bepfandete Einweggetränkeverpackungen erhoben würde und diese im Vergleich zu Mehrwegverpackungen teurer und damit unattraktiver werden lasse (WWL 20272).

Übersicht 3: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten zur Produktgestaltung

	Befürworter	Ablehnung
Produktgestaltung		
RE in der Ökodesign-Richtlinie ProgRess (HA 6, HA 15)	Wissenschaftl. Beratung: SRU UBA Umwelt-NGOs DNR Unternehmen BDE („Ausweitung ist zu prüfen“) [BDI („unter Mitwirkung der Industrie“) [BITKOM („internationale Standardisierungsprozesse beachten“)] Parteien B90/G SPD WWL Enquete	Unternehmen DIHK (keine staatl. Produktlenkung durch die Hintertür) VDMA (für Konsumgüter grundsätzlich geeignet, nicht aber für Investitionsgüter > keine staatl. Regelungen technischer Details (lieber Normen, s.u.)
Dynamische Produktstandards (z.B. Top-Runner) <u>Prüfauftrag:</u> ProgRess (HA 9, HA 20)	Umwelt-NGOs FoEE / EEB Parteien B90/G Linke SPD	Unternehmen BDI („keine Definition von RE“) BITKOM („fehlen Standards verhindern sinnvolles Informationssystem“) VDMA („Technologieoffene Formu-

⁶ Für diese solle eine komplexe Stoffstromdokumentation erstellt werden, um Potenziale und Zugriffsmöglichkeiten abzuschätzen und die Substitutionsquoten abzuleiten.

	WWL Enquete, Minderh.-Votum, 20134	lierung von politischen Zielvorgaben“)
Öffentliche Beschaffung: Einbezug von Lebenszyklus-Kosten und RE-Aspekten ProgRess (HA 11) (>„Empfehlung an Beschaffungsstellen“)	Umwelt-NGOs FoEE / EEB („Verbindliche Minimalanforderungen“) FoEE 2013 („EIA should underpin new legislation on the procurement ...“) Unternehmen BDE („eine kreislaforientierte Produktgestaltung sollte im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe gefördert werden“) BITKOM ZDB („Im Sinne der Kreislaufwirtschaft stehen öffentliche Auftraggeber in der Pflicht, bei Eignung Recycling-Baustoffe auszuscheiden“). Parteien CDU/CSU (freiwillig) SPD („...mehr daran ausrichten“) B90/G (LC-Kosten als verpflichtendes Kriterium) WWL Enquete, (Sondervotum 20189 >„Ziel: von 50 auf 100 Prozent grüne öffentliche Beschaffung bis 2020 anheben“; 20006 „Bsp. Schweiz: öffentl. Vergabegesetze für Recyclingbeton“	Unternehmen BDI („RE-Kriterien im Vergaberecht bereits zulässig“) DIHK („keine ausufernde Nachweispflicht für KMU“) VCI
Einbezug von RE-Belangen in die Normung / Fortschreibung Normungsstrategie ProgRess (HA7)	Unternehmen BITKOM (aber international; Weiterentwicklung der Leitfäden ...) VDMA (lieber Normen statt Ökodesign) Parteien: CDU/CSU WWL Enquete (Sondervotum 20323)	Unternehmen BDI („Normung nicht überfrachten“)
Ausarbeitung und Einführung spezifischer Normen für RE <u>Prüfauftrag:</u> ProgRess (HA7)	Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20329) > „...es könnten ... entwickelt werden“)	Unternehmen BDI („keine neuen RE-Normen zur Senkung des Materialeinsatzes“)
Internationaler Umwelttechnologietransfer ProgRess (HA 19)	Wissenschaftl. Beratung: SRU (Aufbau von Entsorgungsinfrastruktur in EL) Unternehmen BITKOM („Technologie- und Wissenstransfer“; „Harmonisierung/Anerkennung von Anlagenstandards innerhalb der EU“) [DIHK („Projekte zur Förderung von RE in Entwicklungsländern; ist win-win: umweltfreundliche Strukturen + dt. Exportpotenzial“)	
Exportnetzwerk Ressourceneffizienz <u>Prüfauftrag:</u> ProgRess (HA 19)	Unternehmen BDI („sollte eng mit bestehenden Aktivitäten verknüpft werden“, „für Unternehmen kostenlos“); BDI 2015 (Rohstoffpartnerschaften um Aspekt Recycling erweitern; ist win-win für beide Seiten) BITKOM	
Innovationsförderprogramme für KMU	Unternehmen	

ProgRess (HA 4)	BDI DIHK ZVO Gewerkschaften IG BCE („aktive Innovationspolitik, Schwerpunkt auf KMU“)	
Förderung von Leuchtturmprojekten, Demonstrationsprojekten und Erstanwendungen ProgRess (HA 4, HA 9)		VDMA (intern. Wettbewerbsfähigkeit sollte Erfolgskriterium sein)
Innovationspartnerschaften	Unternehmen VCI	
Steuerliche F&E-Förderung	Unternehmen BDI VCI	
Verbindliche Ziele für Einzelhandel für Öko-label Produkte	Umwelt-NGOs FoEE / EEB	
Baustoffsteuer	Wissenschaftl. Beratung: FÖS SRU Umwelt NGOs AK Rohstoffe Parteien WWL Enquete (Minderh.-Votum 20248)	
Substitutionsquoten	Wissenschaftl. Beratung: SRU (Ausdehnung der Kennzeichnungs- und Informationspflichten für besonders relevante Produkte)	
Verbot von Um- oder Mehrverpackungen	WWL Enquete (Minderh.-Votum 20266)	
Getränkeverpackungssteuer	WWL Enquete (Minderh.-Votum 20272)	

3.3. ... zu Produktionsprozessen

In dieser Kategorie werden solche Instrumente eingeordnet, die darauf abzielen, dass Produktionsprozesse ressourceneffizienter zu gestalten. Dazu werden auch Ressourcensteuern gezählt, weil diese Anreize für Unternehmen bieten, Produkte und Dienstleistungen möglichst ressourcensparend herzustellen bzw. zu erbringen. .

Von den Unternehmen und Unternehmensverbänden (BDI, DIHK, VCI-ZRE, VDMA) sowie den Parteien B90/G und CDU/CSU wird die Effizienzberatung von Unternehmen (ProgRess HA 3) als wichtiges Instrument hervorgehoben. Häufig wird dies nicht weiter begründet (z.B. DIHK 2012). Der BDI sowie der VDMA sehen darin einen Hebel zur Hebung weiterer Effizienzpotenziale, betonen aber, dass die Beratung freiwillig bleiben müsse, ohne Pflicht zur externen Begutachtung (BDI 2011/ProgRess; VDMA 2012).

Für eine Verschärfung der Umweltstandards in der Produktion, wie in ProgRes (HA 4) formuliert, spricht sich explizit das UBA aus; durch „selbstlernende Quoten“ (statt z.B. statischer Sammel- und Verwertungsquoten) seien regelmäßige Anpassungsprozesse an den Stand der Technik möglich (UBA 2013).

Weitere Instrumentenvorschläge (nicht in ProgRes)

Ein Politikinstrument, das in ProgRes nicht thematisiert wird, sind Ressourcensteuern. Hier gibt es klare Gegner (BDI, DIHK), die daraus eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ableiten (DIHK 2012). Außerdem arbeite die heimische Industrie bedarfsdeckend, weshalb fiskalische Instrumente keine Steuerungswirkung entfalten könnten (BDI 2015). Die deutsche Wirtschaft brauche Entlastung und Deregulierung statt Belastung und Abgabenbürokratie (DIHK). Befürwortet wird das Instrument hingegen von den analysierten Vertretern der Wissenschaftlichen Beratung (FÖS), der Umwelt-NGOs (DNR, FoEE) sowie B90/G und SPD in Form des Sondervotums der WWL. Der DNR betont, dass in Deutschland der Anteil der Steuereinnahmen, die auf Umweltabgaben entfielen zu einem der niedrigsten der EU gehörte und gleichzeitig eine hohe Belastung des Produktionsfaktors Arbeit bestehe. Gefordert wird daher ein Umwelt- und Ressourcensteueranteil von mindestens 10 Prozent „in den nächsten Jahren“ (DNR 2011).

B90/G sprechen sich auf Grund der bereits bestehenden hohen Kosten gegen Materialinputsteuern („Steuer auf den Verbrauch von Rohstoffen“) im Inland aus, weil sich die zunehmende Knappheit bereits in steigenden Preisen niederschläge und für eine effiziente Verwendung von Rohstoffen in Unternehmen führe. Außerdem stünden dem auch praktische Hindernisse entgegen, wie z.B. das ungelöste Problem, wie mit Importen – insbesondere Halbfertigprodukte – umgegangen werde oder der administrative Aufwand (B90/G Rohstoffstrategie). Befürworten wird hingegen eine Ressourcensteuer in den Abbauländern, die zur Internalisierung der negativen Effekte beitragen könne („Die Nutznießer der Rohstoffe würden auf diese Weise auch die Folgekosten des Rohstoffabbaus tragen“). B90/G betrachten eine solche Rohstoffsteuer in den Abbauländern daher nicht als unzulässige Handelsbeschränkung (B90/G Rohstoffstrategie). Darüber hinaus fordern sie eine Förderabgabe von 10% des Rohstoffwertes, wie es das deutsche Bergrecht zulasse. Dieses solle von den Bundesländern erhoben werden (als Prüfauftrag spricht sich auch die WWL für eine Förderabgabe aus; WWL 202397ff). Begründet wird eine solche Förderabgabe von B90/G damit, dass beim Rohstoffabbau Gemeingüter in Anspruch genommen werden. Die Einnahmen sollen entsprechend für die Behebung der Schäden genutzt werden (B90/G Rohstoffstrategie). Auch der SRU hält Rohstoffsteuern grundsätzlich für wirksame Anreize zum effizienten Umgang mit Rohstoffen (und empfiehlt eine Primärbaustoffsteuer, s.u.); Materialinputsteuern hält er aber aufgrund von Ausgestaltungsschwierigkeiten derzeit nicht für praktikabel (SRU).

Übersicht 4: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten zu Produktionsprozessen

Produktionsprozesse		
Effizienzberatung für Unternehmen ProgRes (HA 3)	Unternehmen BDI („muss freiwillig bleiben“); BDI 2015 DIHK VCI-ZRE VDMA (“freiwillig, ohne Pflicht zur externen Begutach-	

	<p>tung") ZVO (RE-Gutschein) Parteien B90/G CDU/CSU</p>	
<p>RE-Kompetenz in Aus- und Weiterbildung verankern ProgRess (HA 8)</p>	<p>Unternehmen ZVO ("RE-Qualifikationsprogramme für Industrieangestellte") Parteien B90/G („virtuelle Ressourcen-Hochschule“) WWL Enquete, 20100 (u.a. „RE-Zertifikat als Voraussetzung für Teilnahme an bestimmten öffentlichen Ausschreibungen“; „Pflichtkurse in Manager-Ausbildung“) Gewerkschaften [IG BCE („neue Qualifikationskultur“)] [IG Metall („Sensibilisierung der Beschäftigten für den Wert von Rohstoffen“)]</p>	<p>Unternehmen DIHK („pauschale Erweiterung nicht sinnvoll“)</p>
<p>Umweltstandards in der Produktion verschärfen (Fort-schreibung des Stands der Technik) ProgRess (HA 4)</p>	<p>Wissenschaftl. Beratung: UBA („selbstlernende Quoten“)</p>	
<p>Ressourcensteuer(n)</p>	<p>Wissenschaftl. Beratung: FÖS (SRU) („Evtl. Materialinputsteuer für <u>einzelne</u> Stoffe“) Umwelt NGOs DNR („... auf 10% in den nächsten Jahren“) FoEE / EEB („a resource and energy tax escalator“; Verpackungssteuer; Progressive pricing policies for key resources) Parteien B90/G (Ressourcensteuern in Abbauländern > damit die von Rohstoffen profitieren) + Förderabgabe (BbergG: 10% des Rohstoffwertes) WWL Enquete (Minderh.-Votum)(Prüfauftrag: Förderabgabe, 20239ff)</p>	<p>Unternehmen BDI 2015 („keine Steuerungswirkung, Gefahr für Wettbewerbsfähigkeit“) DIHK Parteien B90/G (Rohstoffsteuern im In-land/Materialinputsteuern werden abgelehnt > bereits hohe Kosten)</p>

3.4. ... für Nachfrage / Konsum / Nutzung

In dieser Kategorie werden solche Instrumente betrachtet, die Konsumenten motivieren soll ressourceneffizientere Produkte zu kaufen.

Die Integration von RE-Kriterien in Umweltlabeln – wobei in ProgRess v.a. die Weiterentwicklung des Blauen Engels betont wird (ProgRess HA 9, HA 15) – befürworten mehrere Akteure der Wissenschaftlichen Beratung und Unternehmen (SRU, BDE, BDI, BITKOM, DIHK 2012, WWL). Der SRU hält fest, dass Umweltzeichen bzw. die Aktivierung der Verbraucher durch Information und Appelle zwar zu vorübergehenden Erfolgen führe, ökonomische Anreize wie verursacherabhängige Gebühren oder Pfandrege-

lungen (s.u.) aber deutlich effektiver seien (SRU). Ein solches Kennzeichnungssystem müsse, so der BDE, für Industrie und Verbraucher gleichermaßen praktikabel sein und für bestimmte Produkte über Inhaltsstoffe, Wiederverwendung, Sammlung und Recycling Auskunft geben. Der BDI stellt allgemein fest, dass eine verbesserte umweltbezogene Produktkennzeichnung für Verbraucher grundsätzlich einer „Bevormundung des Bürgers“ vorzuziehen sei (BDI 2011/ProgRess). Produktkennzeichnungen sollten aber stets an bereits bestehende Normen andocken (z.B. ISO) und den Unternehmen die Freiheit lassen, das für das jeweilige Produkt geeignete Instrument auszuwählen (BDI 2011/ProgRess). Auch die DIHK hält Label grundsätzlich für eine sinnvolle Orientierungshilfe für Konsumenten, die Platzierung der Produkte im Handel sollte aber den Einzelhändlern überlassen bleiben. Allerdings spricht sie sich gegen den Blauen Engel aus – dieser habe ein zu hohes Aggregationsniveau. Auch die BITKOM verweist darauf, dass der Blaue Engel in der IKT einen Bedeutungsverlust erlebt habe, da internationale Umweltzeichen wichtiger seien. Von der WWL Enquete wird der Einbezug der Materialintensität in Produktkennzeichnungen gefordert, wobei diese Informationspflicht als Marktzugangskriterium ausgestaltet werden sollte („no data, no market“). Grundsätzlich gegen (zumindest verpflichtende) Produktkennzeichnungen sprechen sich VCI und VDMA aus. Nachhaltige Produkte, so der VCI, müssten ihre Marktanteile durch ihre Performanz erreichen, nicht durch ein bestimmtes Label. Der VDMA hält vor allem für Investitionsgüter für ungeeignet (für Konsumgüter könne ein Label durchaus eine ökologische Kaufentscheidung beeinflussen). Bei Investitionsgütern erfolge die Kaufentscheidung jedoch auf der Basis eines Pflichtenheftes des Bestellers, welches meist Umweltaspekte als Teil der Produktspezifikation enthalte (VDMA 2012).

Längere Gewährleistungsfristen für Produkte (Prüfauftrag, HA 15) werden von FoEE / EEB und der WWL gefordert; dies könnte genutzt werden, um u.a. der geplanten Obsoleszenz entgegen zu wirken. Das UBA schlägt vor, das kaufrechtliche Gewährleistungsrecht dahingehend zu ändern, dass der Käufer im Gewährleistungsfall, d.h. bei einem Mangel, vorrangig auf die Reparatur verwiesen wird. So könne eine Stärkung des ressourcenschonenden Konsums erreicht werden, da u.a. längere Lebensdauer und Anstrengungen für eine bessere Reparierbarkeit unterstützt würden (UBA).

Der in ProgRess festgehaltene Prüfauftrag, hinsichtlich des Abbaus von Subventionen, die einen Anreiz für die verstärkte Nutzung von Ressourcen geben (ProgRess HA 16), wird explizit von DNR, AK Rohstoffe (da vor allem fossile Subventionen), der WWL Enquete sowie dem BDI unterstützt. Der BDI betont, dass es allerdings einer fallweisen Untersuchung bedürfe (beispielsweise sei die Gebäudesanierung sinnvoll, obwohl mehr Materialbedarf entstünde) (BDI 2011/ProgRess) und hält fest, dass Unterstützungsmaßnahmen, die dem Zweck dienen, globale Wettbewerbsnachteile für Unternehmen auszugleichen, die aus umwelt- oder klimapolitischen Maßnahmen in den EU-Ländern resultieren, durchaus notwendig seien (BDI 2011/EU-Fahrplan). Der VCI fordert, dass Subventionen entlang aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit bewertet werden müssten, d.h. auch hinsichtlich ihres ökonomischen Mehrwerts, da sonst evtl. Wettbewerbsnachteile entstünden.

Weitere Instrumentenvorschläge (nicht in ProgRess)

Steuerliche Anreize für ressourceneffiziente Produkte, insbesondere Modifikationen der Mehrwertsteuer werden vom FÖS („Berücksichtigung von Ressourcenintensität bei der Besteuerung“), dem DNR (MwSt. von Fleisch, Flugverkehr verteuern), von BITKOM sowie von der WWL als geeignetes Instrument

genannt, um deren Anteil zu erhöhen und den Anteil ressourcenintensiver Produkte (und Dienstleistungen) zu begrenzen. Bei BITKOM wird offen gelassen, wie die geforderte ‚Besserstellung von Herstellern besonders ressourcenschonender Produkte‘ aussehen könnte – es wird lediglich gesagt, dass dies über die Recyclinggesetzgebung erreicht werden könne. Der VCI spricht sich gegen eine Besserstellung von nachhaltigen Produkten aus. Es sei nicht nachvollziehbar, wer bewerten würde, wann ein Unternehmen nachhaltig sei und wann nicht.

Der Förderung von Dematerialisierungsansätzen, die in ProgRess als Leitidee 4 aufgeführt wird, wird von RNE (Nutzen statt Besitzen auch auf Mobiltelefone und Haushaltsgeräte ausweiten), BITKOM (Telearbeit, Video Conferencing etc.) und B90/G („soziale Innovationen“, Nutzen statt Besitzen“) zugestimmt, um eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs zu erreichen. Konkretere Instrumente, wie diese Ansätze gefördert werden könnten, werden jedoch nicht genannt.

Übersicht 5: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten für Nachfrage / Konsum / Nutzung

Nachfrage / Konsum / Nutzung		
<p>Labels / Produktinformationssysteme für RE (allgemein)</p> <p>ProgRess (HA 9, HA 15) > Weiterentwicklung von verbraucherfreundlichen und aussagekräftigen Produktinformationssystemen zur verstärkten Integration von RE-Aspekten in bestehende Label</p>	<p>Wissenschaftl. Beratung: [SRU („ökonomische Anreize aber effektiver“)]</p> <p>Unternehmen BDE („über Inhaltsstoffe, Wiederverwertung, Sammlung und Recycling bestimmter Produkte“) BDI („an bereits bestehende Normen andocken und intern. vereinbaren“) DIHK („grundsätzlich sinnvoll“)</p> <p>Parteien WWL Enquete, 20134 (“Materialintensität in Produktkennzeichnungen einbeziehen; Informationspflicht als Marktzugangskriterium: no data, no market)</p>	<p>Unternehmen BITKOM („verlieren im Rahmen ausgedehnter Lebenszyklen ihre Sinnhaftigkeit; RC-Wirtschaft braucht solche Kennzeichnung nicht“) VCI („Sustainable products have to obtain in the market by their performance not by 22abeling.) VDMA (keine verpflichtende Label; für Investitionsgüter nicht sinnvoll)</p>
<p>Weiterentwicklung Blauer Engel > ProgRess (HA 9)</p>		<p>Unternehmen BITKOM (internationale Umweltzeichen wichtiger) DIHK (Blauer Engel: zu hohes Aggregationsniveau“)</p>
<p>Längere Gewährleistungspflichten</p> <p><u>Prüfauftrag:</u> ProgRess (HA 15)</p>	<p>Wissenschaftl. Beratung: UBA (kaufrechtl. Gewährleistungsrecht ändern: Reparatur statt Neukauf)</p> <p>Umwelt-NGOs FoEE / EEB</p> <p>Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20434 (um geplanter Obsolesenz entgegen zu wirken)</p>	<p>Längere Gewährleistungspflichten</p> <p><u>Prüfauftrag:</u> ProgRess (HA 15)</p>
<p>Abbau von Subventionen die einen Anreiz für die verstärkte Nutzung von Ressourcen geben</p> <p><u>Prüfauftrag:</u> ProgRess (HA 16)</p>	<p>Umwelt NGOs DNR (Abbau umweltschädlicher Subventionen bis 2020) AK Rohstoffe (v.a. fossile)</p> <p>Unternehmen BDI („aber: Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen notwendig, um Wettbewerbsnachteile aus umwelt-</p>	<p>Unternehmen VCI („entlang aller drei Dimensionen der NH bewerten, sonst evtl. Wettbewerbsnachteile“)</p>

	oder klimapolitischen Maßnahmen in den Ländern der EU zu kompensieren“) Parteien WWL Enquete, 20077	
Steuerliche Anreize für ressourceneffiziente und vollständig recycelbare Produkte (z.B. reduzierter MwSt-Satz).	Wissenschaftl. Beratung: FÖS („Berücksichtigung von Ressourcenintensität bei Besteuerung“) Umwelt NGOs DNR (MwSt. z.B. Fleisch, Flugverkehr verteuern) Unternehmen BITKOM („Besserstellung von Herstellern...“) Parteien WWL Enquete (Minderh.-Votum), 20093	Unternehmen VCI („wer würde bewerten wann ein Unternehmen nachhaltig ist?“)
Dematerialisierungsansätze fördern (z.B. Telearbeit, Nutzen statt Besitzen)	Wissenschaftl. Beratung: RNE („Nutzen statt Besitzen, auch für Mobiltelefone, Haushaltsgeräte“) Unternehmen BITKOM / ISWA („Nutzen statt Besitzen“); Parteien B90/G (Soziale Innovationen, z.B. NsB)	

3.5. ... für Entsorgung / Recycling

In dieser Kategorie werden Instrumente aufgenommen, die an den Abfallströmen ansetzen und Anreize dafür geben sollen, dass diese erfasst, gesammelt und genutzt werden.

In der Weiterentwicklung der Produzentenverantwortung (ProgRes HA 12) sehen viele Akteure aus der Wissenschaftlichen Beratung (RNE, SRU, UBA), NGOs (DNR, FoEE) sowie der Parteien (B90/G, SPD; WWL) ein wichtiges Instrument bei der Etablierung einer Kreislaufwirtschaft und einer nachhaltigeren Produktgestaltung. Von den analysierten Unternehmensverbänden spricht sich einzig der BDE dafür aus, den Ansatz der Herstellerverantwortung zu stärken. Das Instrument setze Anreize für eine umweltgerechte Ausgestaltung des gesamten Produktlebenszyklus (SRU). Konkretisiert werden solle es laut SRU durch Mindeststandards für die gesamte Entsorgungskette von Elektro- und Elektronikschrott, die Erhöhung der zu erreichenden Verwertungsquoten und einen verpflichtenden Funktionsnachweis von Gebrauchsgütern für den Export. Darüber hinaus solle eine Dokumentation sowie regelmäßige Überwachung und konsequente Ahndung von Verstößen erfolgen (SRU). Das UBA schlägt vor, zum einen die bisherigen sektoralen Konkretisierungen der Produktverantwortung darauf hin zu prüfen, inwieweit die Anforderungen weiterentwickelt werden könnten (z.B. seien die Verpflichtungen teilweise zu allgemein formuliert bzw. es fehle an Sanktionsmöglichkeiten); zum anderen die Produktverantwortung auf weitere Produktgruppen auszudehnen, z.B. für bestimmte Teile von Windkraftanlagen (UBA). Auch könne eine weitere Ausgestaltung der Produktverantwortung bei der Markteinführung für neue Produkte ein Entsorgungskonzept und/oder eine Zwischenlagerung verlangen, bis das Produkt dem Recycling zugänglich ist (ebd.). Die CDU/CSU hält eher vage fest, dass es Herstellern ermöglicht werden solle, die für ihre Produkte benötigten Materialien wiederzuerlangen. Vom BDE kommt der Hinweis, dass auf EU Ebene z.B. Definitionen und Berichtspflichten zu harmonisieren seien, um die unterschiedlichen Entsorgungs-

systeme miteinander vergleichbar zu machen. Gleichzeitig solle der Ansatz innerhalb der Mitgliedsstaaten flexibel bleiben und den freien Warenverkehr im Binnenmarkt und den freien Wettbewerb nicht beeinträchtigen. Grundsätzlich gegen eine verbindliche Rücknahmeverpflichtung sprechen sich DIHK und VDMA aus; eine freiwillige Regelung sei geeigneter (DIHK 2012). Diese müsse wirtschaftsverträglich und mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein, z.B. durch eine Kleinmengenregelung für KMU (ebd.). Der VDMA sieht bei Investitionsgütern keine Notwendigkeit, da ein Recycling der Maschinen und Anlagen ohnehin schon gemacht würde; oft würden sie im Anschluss an ihre Nutzung noch in anderen Ländern als kostengünstige Gebrauchtmaschinen betrieben (VDMA 2014/Kurzposition).

Die Einführung der Wertstofftonne (ProgRess HA 12) wird von der DIHK explizit befürwortet. Dies wird knapp damit begründet, dass daraus positive ökologische und ökonomische Effekten erwachsen könnten (DIHK 2012). Es solle aber nicht zu einer Ausweitung der kommunalen Zuständigkeit führen (ebd.).

Viele Unterstützer finden sich auch für die Verhinderung illegaler Exporte von Altgeräten (ProgRess HA 14). Von den Unternehmen sprechen sich für diesen Handlungsansatz explizit Aurubis, BDE, BDI sowie BITKOM („Handlungsansatz wird uneingeschränkt unterstützt“, ohne Begründung) aus. Dies sei nötig, um einerseits eine Verlagerung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken bei unsachgemäßer Verbringung, andererseits die Störung des Wertstoffkreislaufes zu verhindern (BDI 2011/EU, BDE 2014). Der BDE schlägt außerdem vor, die Einführung eines EU-weiten Zertifizierungssystems für Anlagen zur Erstbehandlung gefährlicher Abfälle vor (E-Schrott, Altfahrzeuge) zu prüfen, um so eine hochwertige Schadstoffentfrachtung bzw. anschließende Verwertung sicherzustellen (BDE 2014). Von den Parteien fordern B90/G hierfür Recyclingpartnerschaften; die SPD fordert eine Umkehr der Beweislast bei Exporten und auch die WWL betont dabei die Notwendigkeit, das Abfließen der Rohstoffe aus der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern – zumindest solange es nicht gelänge, die Kreislaufwirtschaft internationale zu organisieren (WWL 20298).

Die Zertifizierung ausländischer Recyclinganlagen, die in ProgRess als Prüfauftrag festgehalten ist, wird vom BDI explizit als sinnvolles Instrument genannt, welches dazu beitrage, eine Störung des Wertstoffkreislaufes zu verhindern und dazu führe, dass europäische Unternehmen mit hohen Standards nicht länger gegenüber Unternehmen aus anderen Ländern benachteiligt würden („level playing field“); die Verwertung sekundärer Rohstoffe dürfe nicht durch gesetzliche Auflagen erschwert werden (BDI 2011/EU & ProgRess).

Weitere Instrumentenvorschläge (nicht in ProgRess)

Als verbraucherseitiges Instrument, welches nicht in ProgRess aufgeführt ist, werden Rückgabepflichten für bestimmte Produkte (ProgRess HA 12) erwähnt, um eine höhere Rückführungsquote der ruhenden Rohstoffvorräte in den Kreislauf zu erreichen. Solche Pfandsysteme werden von SRU (für Mobiltelefone und PCs), FoEE / EEB sowie der WWL Enquete (für E-Kleingeräte > Einführung prüfen) befürwortet.

Weitere Instrumente, die den Bereich Recycling betreffen und die in ProgRess nicht genannt werden, sind bspw. Mindeststandards für alle Stufen der Entsorgungskette für Elektro- und Elektronikschrott (damit soll das Instrument der Herstellerverantwortung konkretisiert werden) (SRU). Außerdem könnte durch eine gewichtsbasierte Gebührenordnung bei Abfall, die von allen Kommunen durchgesetzt würde,

die Verbraucher Anreize zur Einsparung von Müll erhalten („pay as you throw scheme“, FoEE; WWL 20288).

Höhere Recyclingquoten werden zudem von Akteuren aus der Wissenschaftlichen Beratung (RNE, UBA), den NGOs (DNR, FoEE) und dem BDE gefordert. DNR sagt lediglich, dass das novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz zu niedrige Recyclingquoten aufweise. Das UBA schlägt dynamische Sammel- und Verwertungsquoten für Verpackung, Altfahrzeuge, Elektrogeräte und Batterien vor, damit jeweils eine Anpassung an den erreichten Stand der Technik geschehe (s.o. UBA). Außerdem sollten materialspezifische Recyclingquoten die geltenden produktabfall- und massebezogenen Quoten ergänzen und auf umweltrelevante, aber nichtmasserelevante Rohstoffe (z. B. kritische Metalle) ausgerichtet sein (UBA). Im Positionspapier des BDE heißt es, dass sowohl das Recyclingziel von 50 Gewichtsprozent für Haushalts- und Abfälle aus ähnlichen Quellen als auch die Zielvorgabe für nicht gefährliche Bau- und Abbruchabfälle zu erhöhen seien (BDE 2015). Die SPD spricht sich für höhere Quoten als im KrW-Gesetz festgeschrieben aus, ohne dabei eine konkrete Zahl zu nennen (SPD 2012a Änderungsantrag ProgRes). Insgesamt weist der BDI darauf hin, dass eine Erhöhung bestehender Recyclingraten die Kosten steigert und die Quoten daher auch im Sinne der Wirtschaftlichkeit geprüft werden müssten (BDI 2011/ProgRes). DIHK spricht sich gegen zu hohe Recyclingquoten aus – diese seien höher als in der Abfallrahmenrichtlinie vorgeschrieben (DIHK 2012). Staatliche Quoten führten in der Regel zu höherem Aufwand und zu mehr Bürokratie; außerdem variere die Wirtschaftlichkeit der Verwertung im Zeitverlauf (ebd.). Die DIHK empfiehlt daher eine 1:1-Umsetzung der Quoten in der Abfallrahmenrichtlinie (ebd.).

Ein weiteres Instrument sind Quoten für die stoffliche Verwertung / Vorrangnutzung. Die SPD spricht sich für einen eindeutigen Vorrang der stofflichen vor der energetischen Verwertung; auch hierzu werden keine konkreten Zahlen genannt (SPD Änderungsantrag). Eine Erhöhung der Gesamtquote zur stofflichen Verwertung von Verpackungsabfällen von 55 auf 65 Gewichtsprozent bis 2020 fordert der BDE (BDE 2014). Gleichzeitig sollte die stofflichen Verwertungsangaben für die einzelnen Materialien um jeweils 10 Gewichtsprozent und für Kunststoffe um 12,5 Gewichtsprozent angehoben werden (ebd.). Der BDI spricht sich zwar auch für den Vorrang der stofflichen Nutzung vor der energetischen aus, sagt aber zugleich, dass Vorgaben von Quoten für die stoffliche Nutzung zurück gestellt werden sollten (BDI 2011/ProgRes & EU). Die DIHK spricht sich zwar nicht explizit gegen den Vorrang der stofflichen gegenüber der energetischen Verwertung aus, betont aber, dass aus ordnungspolitischen Gründen ein „fairer Wettbewerb“ zwischen beiden Verwertungsarten ermöglicht werden sollte; beide leisteten einen Beitrag zur effektiven Nutzung von Ressourcen (DIHK 2012).

Die BITKOM fordert bessere Marktanzreize für z.B. den Anteil Recyclaten in Produkten, da durch die aktuelle Umsetzung der Umweltgesetzgebung (Altgeräte, Verpackung etc.) keine besonderen Anreize zur Entwicklung ressourcenschonender Produkte gesetzt würden; Aurubis fordert eine komplette Steuerbefreiung von RC und RC-Material, ohne dies genauer auszuführen. Der SRU betont, dass es auch innerhalb des funktionierenden Rücknahmesystems für Elektrogeräte Optimierungsbedarf gebe; statt einer Kostenübernahme für die Entsorgung auf Basis der ‚in Verkehr gebrachten Stückzahl‘ wäre eine niedrige Entsorgungsprämie für Hersteller von recyclingfreundlichen Produkten sinnvoll. Dies werde so in Schweden praktiziert und biete den Vorteil, dass die Entsorgungskosten in Abhängigkeit vom Produktdesign auf die Hersteller verteilt werde, was einen starken Anreiz für Ökodesign darstelle (SRU).

Der BDE fordert die Einführung eines Vorbehandlungsgebots für alle Siedlungsabfälle, um so die Deposition auf verbleibende und nicht verwertbare Restfraktionen, wie bspw. Schlacken aus der Abfallverbrennung oder Sortierreste aus der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung, begrenzt wird (BDE 2015).

Im Sondervotum der WWL Enquete wird die Einführung eines Wertstoffgesetzes („insbesondere im Bereich des Bauwesens“, WWL 20005) befürwortet, welches zur Förderung von Urban Mining beitragen sollte.

Ebenfalls im Sondervotum der WWL Enquete wird in Form eines Prüfauftrags eine nachgelagerte Ressourcenabgaben auf Produkte vorgeschlagen (WWL 20239ff): eine abfallseitige Ressourcenabgabe auf Produkte in Höhe der zu erwartenden Aufbereitungs- und Recyclingkosten, um Anreize für Produzenten zu schaffen, langlebige und gut recycelbare Produkte zu produzieren; im Gegensatz zu einer Input-Steuer auf Ressourcen würde eine solche abfallseitig erhobene Ressourcenabgabe für Importeure und inländische Produzenten gleichermaßen gelten, es könnten mögliche Wettbewerbsnachteile vermieden werden und Anreize auch über die nationalen Grenzen hinaus Wirkung zeigen (WWL 20247). Darüber hinaus wird eine Steuer auf Müllverbrennung vorgeschlagen, ohne dies genauer auszuführen (WWL 20247).

Übersicht 6: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten für Entsorgung / Recycling

Entsorgung / Recycling		
<p>Weiterentwicklung Produzenten- / Produktverantwortung unter Ressourcenschutzaspekten</p> <p>ProgRess (HA 12)</p>	<p>Wissenschaftl. Beratung:</p> <p>RNE SRU UBA</p> <p>Umwelt-NGOs</p> <p>DNR FoEE / EEB</p> <p>Unternehmen</p> <p>BDE („Ansatz ist zu stärken“, „Definitionen und Berichtspflichten auf EU Ebene zu harmonisieren“)</p> <p>Parteien</p> <p>B90/G [CDU/CSU („Herstellern ermöglichen die für ihre Produkte benötigten Materialien wiederzuerlangen)] SPD WWL Enquete (Sondervotum 20088, 20005, 20276)</p>	<p>Unternehmen</p> <p>DIHK („freiwillig besser; Kleinmen- genregelung für KMU“) VDMA (keine Produktverantwortung für Investitionsgüter nötig)</p>
<p>Wertstofftonne einführen</p> <p>ProgRess (HA 12)</p>	<p>Unternehmen</p> <p>DIHK („darf aber nicht zur Ausweitung der kommunalen Zuständigkeit führen“)</p>	
<p>Verhinderung illegaler Exporte (z.B. Ausfuhrkontrollen ausweiten, Umkehr der Beweislast ...)</p> <p>ProgRess (HA 14)</p>	<p>Unternehmen</p> <p>Aurubis (“must be stopped by better enforcement...“) BDE („Kontrollen verstärken, Registrierungspflichten einhalten“, „ordnungsgemäße Erfassung werthaltiger Abfälle verbessern“, EU-weites Zertifizierungssystem) BDI („effektivere Überwachung seitens der Politik“)</p>	

	BITKOM Parteien B90/G (Recyclingpartnerschaften) SPD (Umkehr der Beweislast bei Exporten, WEEE) WWL Enquete (Sondervotum 20315)	
Zertifizierung ausländischer Recyclinganlagen Prüfauftrag: ProgRes (HA 10)	Unternehmen BDI	
Rückgabepflichten für best. Produkte (Verbraucher, z.B. Pfand)	Wissenschaftl. Beratung: SRU (Pfandpflicht für Mobiltelefone und PC) Umwelt NGO FoEE / EEB („deposit refund schemes“) Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20160, 20200) (Pfandpflicht für E-Kleingeräte prüfen; Öffentliche Gesellschaft für zentrale Sammlung von Altgeräten)	
Mindeststandards für alle Stufen der Entsorgungskette	Wissenschaftl. Beratung: SRU	
Gewichtsbasierte Gebührenordnung bei Abfall	Umwelt-NGOs FoEE / EEB („pay as you throw“) Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20288) („alle Kommunen sollten darauf umstellen“)	
Ambitionierte Recyclingquoten / -ziele	Wissenschaftl. Beratung: RNE UBA („Sammel- und Verwertungsquoten für Verpackung, Altfahrzeuge, Elektro, Batterien“ + Materialspezifische Recyclingquoten) Umwelt-NGOs DNR („höhere Abfallquoten“) FoEE (2013) [„for aluminium“] Unternehmen BDE („Recyclingziel von 50 Gewichtsprozent für Haushalts- und Abfälle aus ähnlichen Quellen ist zu erhöhen“ „Zielvorgabe für nicht gefährliche Bau- und Abbruchabfälle erhöhen“) Parteien SPD (höhere Quoten als im KrWG)	Unternehmen DIHK (hoher Aufwand, Wirtschaftlichkeit der Verwertung im Zeitverlauf unkalkulierbar; besser: flexible Recyclingquoten,) IMA (erhöht nicht die Ökoeffizienz der Produkte)
Materialspezifische Recyclingquoten	Wissenschaftl. Beratung: UBA	
Quote für stoffliche Verwertung / Vorrangnutzung vor energetischen	Unternehmen [BDE („Gesamtquote zur stofflichen Verwertung von Verpackungsabfällen von 55 auf 65 Gewichtsprozent bis 2020 erhöhen“)] Parteien	Unternehmen BDI („keine Quoten für stoffliche Verwertung“), BDI 2015 DIHK (keine Bevorzugung stoffl. Verwertung)

	SPD (Vorrang der stofflichen vor der energetischen Verwertung)	
Marktanreize für Sekundärmaterial	Wissenschaftl. Beratung: SRU („Niedrige Entsorgungsprämien für Hersteller von recyclingfreundlichen Produkten“, Bsp. aus Schweden) Unternehmen [BITKOM („z.B. Anteil Recyclate in Produkten“)] Aurubis („Steuerbefreiung von RC und RC-Material“)	
Vorbehandlungsgebot	Unternehmen BDE („verpflichtend für alle Siedlungsabfälle“)	
Einführung eines Wertstoffgesetzes zur Förderung von Urban Mining	WWL Enquete (Sondervotum 19991)	
nachgelagerte Ressourcenabgaben auf Produkte	WWL Enquete (Sondervotum 20239)	
Steuern auf Müllverbrennung	WWL Enquete (Sondervotum 20239)	

3.6. ... für Management / Unternehmensberichterstattung

In dieser Kategorie werden solche Instrumente aufgeführt, die sich vor allem auf Managementprozesse innerhalb der Unternehmen beziehen.

Die stärkere Verbreitung von EMAS, wie in ProgRes (HA 5) betont, stößt bei BDI, BITKOM sowie VDMA auf Widerstand. Alle drei sprechen sich nicht grundsätzlich gegen Managementsysteme aus, betonen aber, dass EMAS für international agierende Unternehmen keinen Sinn ergebe und alternative Zertifizierungssysteme daher als gleichwertig einzustufen seien (BDI 2011/ProgRes, BITKOM 2011, VDMA 2014/wirtschaftspolitische Position); der VDMA lehnt ganz allgemein eine Pflicht zur Zertifizierung von Managementsystemen ab (VDMA 2012) und fordert eine Verwaltungserleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen (VDMA 2014/wirtschaftspolitische Position). Von den weiteren Akteuren spricht sonst nur B90/G davon, dass es einheitliche Standards zur Messung der Ressourceneffizienz bedürfe und befürwortet daher die Vernetzung bestehender Öko-Audit Systeme zur Generierung von Information (B90 Rohstoffstrategie).

Für eine Unterstützung von Kennzahlen und Benchmarking-Systemen (ProgRes 15) spricht sich die WWL aus. Die WWL fordert eine verbindliche Ausweisung von Energie- und Materialeffizienzkennzahlen sowie eine Erweiterung der betrieblichen Bilanzierungssysteme. Vom BDE heißt es, dass eine Verbesserung des Informationsflusses von den Herstellern zu den Recyclern hinsichtlich der chemischen Zusammensetzung der Ausgangsmaterialien notwendig sei, um Recyclingunternehmen die Erbringung der Nachweispflichten zu erleichtern (BDE 2014). Wie dies konkret ausgestaltet sein könnte, wird nicht gesagt. BDI und ZDB sind gegen eine regelmäßige Erfassung von Stoffströmen und ihrer ökologischen Bewertung, weil der bürokratische Aufwand für Unternehmen zu hoch sei; ggf. denkbar sei es, dies für einzelne Stoffe einzuführen (BDI 2011/ProgRes).

Misereor fordert von der rohstoffimportierende und -verarbeitende Industrie eine Menschenrechtsberichterstattung, die Auskunft über die Praxis der Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte sowie über die Bemühungen, den Menschenrechtsschutz auf die Lieferkette auszuweiten, enthalten sollte.

Die IG Metall fordern eine regelmäßige Beratung zu den Ressourcenverbräuchen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat, ohne hierzu ein konkretes Instrument zu nennen.

Übersicht 7: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten für Management / Unternehmensberichterstattung

Management / Unternehmensberichterstattung		
Stärkere Verbreitung von EMAS ProgRes (HA 5)	Parteien B90/G („Einheitliche Standards für die Messung der Ressourceneffizienz: Vernetzung bestehender Öko-Audit Systeme (EMAS) zur Generierung von Informationen“)	Unternehmen BDI (alternative Zertifizierungssysteme als gleichwertig einstufen) BITKOM (ISO 14001 ist wichtiger) VDMA (Gleichbehandlung mit ISO; keine Pflicht zur Zertifizierung von Managementsystemen)
Kennzahlen und Benchmarking-Systeme ProgRes (HA 15)	Unternehmen [BDE („Informationsfluss von Herstellern zu Recyclern über chemische Zusammensetzung der Ausgangsmaterialien verbessern“)] Parteien WWL Enquete, 201006 („Verbindliche Ausweisung von Energie- und Materialeffizienz-Kennzahlen; Erweiterung betrieblicher Bilanzierungssysteme gesetzlich vorschreiben)	Unternehmen BDI („bürokratischer Aufwand zu hoch; ggf. für einzelne Stoffe) ZDB („unverhältnismäßiger Bürokratieaufbau vermeiden“)
Ressourcenaspekte als Key Performance Indicator in Unternehmensberichterstattung	NGOs [Misereor (Menschenrechtsberichterstattung einführen)]	
Regelmäßige Beratung zu den Ressourcenverbräuchen zw. Unternehmensleitung und Betriebsrat	Gewerkschaften IG Metall	

3.7. ... sonstige Instrumente (Internationales, Institutionen, Rechtliches)

Sowohl in ProgRes als auch in den Quellen der analysierten Akteure werden Vorschläge zur Etablierung von Institutionen oder internationaler Vereinbarungen genannt, um den Ressourcenschutz auf internationaler Ebene zu verankern. Auch Vorschläge für nationale oder europäische neu zu schaffende Institutionen werden in dieser Kategorie zusammengefasst.

Eine internationale Konvention zum Schutz der natürlichen Ressourcen (ProgRes HA 20) wird vom SRU, dem UBA sowie der WWL unterstützt. Begründet wird diese Forderung damit, dass die Ressourcennutzung nur teilweise über nationale Regulierung zu adressieren sei (UBA).

Auch die Integration von RE-Aspekten in bestehende Rechtsgebiete, was in ProgRes als Prüfauftrag festgehalten ist (HA 18), wird von UBA unterstützt, da es sich beim Rechtsrahmen für Ressourcenschutz um eine Querschnittsmaterie handle (UBA) (für eine Prüfung der Integration von RE-Aspekten in andere Rechtsgebiete spricht sich auch CDU/CSU aus).

Weitere Instrumentenvorschläge (nicht in ProgRes)

Darüber hinaus gibt es von einigen Akteuren Forderungen nach neuen Gremien und Behörden, um das Ressourcenmanagement und den Ressourcenschutz zu verbessern. So fordert der SRU ein wissenschaftliches Ressourcenpanel, ähnlich dem IPCC, sowie eine internationale Rohstoffagentur unter UN-Aufsicht (dies fordert auch die WWL). Letztere solle Daten zu Lagerstätten, Abbaubedingungen sowie Umweltfolgen bereit stellen. Darüber hinaus solle ein Eurostat Daten Centres aufgebaut werden, welches ein „Stoffflusskataster“ aufbaue.

Das UBA fordert einen Ressourcenschutzbeirat für die Bundesregierung, der bei der Erstellung und Fortschreibung von ProgRes beraten könne.

Übersicht 8: Befürworter und Gegner von ressourcenpolitischen Instrumenten (sonstige Instrumente: Internationales, Institutionen, Rechtliches)

Sonstige Instrumente (Internationales, Institutionen)		
Internationale Konvention zum Schutz der natürlichen Ressourcen ProgRes (HA 20)	Wissenschaftl. Beratung: SRU UBA Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20604 ff.)	
Integration von RE-Aspekten in bestehende Rechtsgebiete <u>Prüfauftrag: ProgRes (HA 18) (alle)</u>	Wissenschaftl. Beratung: UBA (sämtliches Fachplanungsrecht, u.a. (z.B. KrWG, BImSchG, UVP, Umweltauditgesetz, Baugesetz/BauG, Raumplanungsvorschriften)) Parteien CDU/CSU (prüfen)	
Wissenschaftliches Ressourcenpanel (ähnlich IPCC)	Wissenschaftl. Beratung: SRU	
internationale Rohstoffagentur unter UN-Aufsicht	Wissenschaftl. Beratung: SRU (Agentur die Daten bereit stellt: Lagerstätten, Abbaubedingungen, Umweltfolgen) Parteien WWL Enquete (Sondervotum 20497)	
Aufbau eines Eurostat Daten Centres zu Produkten und natürlichen Ressourcen	Wissenschaftl. Beratung: SRU (Stoffflusskataster)	
Ressourcenschutzbeirat für die B´Reg	Wissenschaftl. Beratung: UBA	
Ressourcenschutzbelange im Welthandelsrecht integrieren	Wissenschaftl. Beratung: UBA	
Ressourcenstammgesetz	Wissenschaftl. Beratung: UBA (darin Instrumente mit Querschnittscharakter fest-schreiben, Auflagen für Hersteller, Mindeststandards etc.)	

4. Fazit

Ziel dieser Akteursanalyse ist es, eine qualitative Analyse der Begründungen und Positionen der verschiedenen (überwiegend deutschen) Akteure für oder gegen bestimmte ressourcenpolitische Politikinstrumente durchzuführen. Hierfür wurden Stellungnahmen und Positionspapiere zur Ressourcenpolitik über den Zeitraum 2011 bis 2015 (Februar) ausgewertet. Die Instrumente wurden gemäß ihrem Ansatzpunkt in der Wertschöpfungskette kategorisiert. Auch erfolgte ein Abgleich mit den in ProgRes genannt Instrumenten und Prüfaufträgen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die ressourcenpolitische Debatte in Deutschland zahlreiche Vorschläge für eine Instrumentierung hervorgebracht hat. Das Thema ist offenbar so weit entwickelt, dass es einen Konsens darüber gibt Umweltpolitik auch in diesem Bereich zu konkretisieren und mit Instrumenten zu unterlegen.

Allerdings unterscheiden sich die Akteure im Hinblick auf die von ihnen angenommenen Hemmnisse, die einer ressourceneffizienten Nutzung von Ressourcen entgegen stehen, der Rolle, die der Staat bei deren Überwindung spielen soll und damit auch der entsprechenden Handlungsansätze. So ergeben sich jeweils unterschiedliche strategische Ansatzpunkte. Wird das Fehlen an Technologien als Haupthemmnis angesehen, ergibt sich daraus die Notwendigkeit zur Innovationsförderung; werden dagegen externe Effekte als zentrales Hemmnis identifiziert, können durch Preissignale Anreize für Ressourceneffizienz geschaffen werden. Sind es Informationsdefizite oder Einstellungen, die der effizienten und schonenden Verwendung von Materialien entgegenstehen, erscheinen aus dieser Perspektive persuasive Instrumente als zentraler Ansatzpunkt. Für andere besteht das Haupthemmnis offenbar darin, dass die Marktteilnehmer nicht hinreichend koordiniert sind, bzw. Möglichkeiten bestehen, zu Lasten der Umwelt Ressourcen zu übernutzen und daraus Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Aus dieser Perspektive ist Normungen oder Ordnungsrecht ein geeigneter Ansatzpunkt. Ein weiterer Ansatzpunkt zielt darauf, über die Außenwirtschaft den Absatz von ressourceneffizienten Technologien zu erhöhen, um so Skaleneffekte zu erzielen und negative ökologische Effekte, die vor allem bei der Extraktion von Rohstoffen im Ausland entstehen, zu verringern.

Viele der in ProgRes genannten Instrumente haben auf den ersten Blick einen breiten Unterstützerkreis. Allerdings unterscheiden sich häufig die Forderungen nach der konkreten Ausgestaltung der Politikinstrumente. Hier geht es in der Regel um die Frage der Verbindlichkeit: soll ein Instrument freiwilligen Charakter haben oder gesetzlich festgeschrieben werden? (Bsp. RE-Kriterien in die öffentliche Beschaffung, Zertifizierung der Rohstoffextraktion etc.). Die Positionen sind dabei recht klar zwischen Industrie auf der einen Seite, und Umwelt-NGOs, den wissenschaftlichen (umweltpolitischen) Beratungsgremien der Bundesregierung, und dem Sondervotum der Bundestagsenquete „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ auf der anderen Seite zu verorten. Die Notwendigkeit für verbindliche Regeln wird von den Befürwortern damit begründet, dass durch Freiwilligkeit die erforderlichen Veränderungen, um zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu gelangen, nicht zu erreichen wären. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz schon aus Eigeninitiative der Unternehmen entwickelt und verbindliche Vorschriften das Marktgeschehen negativ beeinträchtigen würden.

In vielen Kategorien gehen die Instrumentenvorschläge für eine Ressourcenpolitik über die in ProgRes genannten Instrumente hinaus. In der Mehrzahl der Fälle sind dies Instrumente, die einen weit größeren staatlichen Eingriff darstellen würden, als die in ProgRes vorgesehenen Instrumente es vorsehen (z.B. Ressourcensteuern, Verbote und verbindliche Quoten). Von Akteuren aus dem Bereich Unternehmen und Unternehmensverbänden werden diese weiterführenden Instrumente häufig explizit abgelehnt.

Jedoch sind die Positionen insbesondere unter Unternehmen und Unternehmensverbänden nicht einheitlich. So fordern beispielsweise einige Unternehmensverbände die Integration von RE-Aspekten in die Normung, in die öffentliche Beschaffung oder befürworten Produktinformationssysteme, dagegen wird dies von anderen Akteuren aus der Akteursgruppe u.a. mit Verweis auf den erhöhten Aufwand abgelehnt.

Für die Fortschreibung von ProgRes können die Begründungen der Akteure für oder gegen bestimmte Instrumente eine Orientierung bieten, durch welche Akteure Unterstützung zu erwarten ist und welche Bedenken berücksichtigt werden sollten, um Kompromisse zu finden. Die weiterführenden Vorschläge ergeben ein Repertoire an Politikinstrumenten, deren Anwendung ebenfalls für die Fortschreibung von ProgRes geprüft werden kann.

5. Analyseraster

Akteur X		
Dokumente X, Y		
Äußerungen zu konkreten RE-Instrumenten		Begründung
Eigene Vorschläge		
Fremde Vorschläge (Befürwortung)		
Fremde Vorschläge (Ablehnung)		
Mit wem zusammen wird Vorschlag gemacht / auf welche anderen Akteure wird Bezug genommen?		

5.1. Ausgewertete Quellen und Literatur

- Ak Rohstoffe*, 2013: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik – Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen an Bundesregierung und Bundestag, Arbeitskreis Rohstoffe, u.a. Brot für die Welt, FÖS, WEED, Oxfam uvm. September 2013.
- Aurubis*, 2011: AURUBIS statement on the Resource efficiency questionnaire, Aurubis (22.4.2011).
- B90/Die Grünen*, 2011: Grüne Rohstoffstrategie., Beschluss Fraktionsklausur, 1.9.2011.
- B90/Die Grünen*, 2012: Änderungsantrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP Deutsches Ressourceneffizienzprogramm – Ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften, Bundestags-Drucksache 17/8575.
- BAK*, 2011: Stellungnahme der Bundesarchitektenkammer zum Entwurf für ein Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Bundesarchitektenkammer (7.4.2011).
- BaWü*, 2013: Eine Frage der Effizienz – im globalen Wettbewerb und im Rahmen der Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in Baden-Württemberg. Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Landtag von Baden-Württemberg 15. Wahlperiode. Drucksache 15 / 4478. 11. 12. 2013.
- BDE/VÖEB*, 2014: Kreisläufe schließen. Ressourcen schonen. Wirtschaftsstandort Europa stärken, Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe, September 2014.
- BDI*, 2011a: BDI - Ressourceneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit gehören zusammen. BDI zum aktuellen „EU-Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ vom 20. September 2011, Bundesverband der deutschen Industrie (25.11.2011).
- BDI*, 2011b: BDI zum Entwurf eines Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRes), Bundesverband der deutschen Industrie (24.5.2011).
- BDI*, 2014: Recycling in Rohstoffpartnerschaften. Chancen und Herausforderungen, Bundesverband der deutschen Industrie. Abteilung Sicherheit und Rohstoffe.
- BDI*, 2015: Anforderungen an eine ganzheitliche und nachhaltige Rohstoffpolitik. BDI-Grundsatzpapier zur Rohstoffpolitik im 21. Jahrhundert,.
- BITKOM*, 2011: Stellungnahme zum Arbeitsentwurf der Bundesregierung zu einem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes), Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (19.4.2011).
- CDU/CSU & FDP*, 2012: Antrag: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm - Ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften., Fraktion der CDU/CSU und Fraktion der FDP; Drucksache 17/8575 (7.2.2012).

- DIHK*, 2012a: Entwurf des BMU für ein Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) - Programm zum Schutz natürlicher Ressourcen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft,.
- DIHK*, 2012b: Stellungnahme zum EU-Fahrplan: EU-Parlament fordert mehr Einsatz für Ressourceneffizienz, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (4.6.2012).
- DNR*, 2011: Stellungnahme des DNR zum Entwurf BMU Deutsches Ressourceneffizienzprogramm, Deutscher Naturschutzring (2.11.2011).
- DNR*, 2014: Ressourcenpolitik: Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden. Eine Reform des deutschen Bergrechts ist längst überfällig, umwelt aktuell, November 2014.
- DST/Deutscher Landkreistag/DtStGB*, 2014: Forderungen an das neugewählte Europäische Parlament, 10.4.2014.
- EEIC*, 2014: Electronic Industry Citizenship Coalition® Code of Conducts, Version 5.0 (2014).
- Effizienz-Agentur NRW*, 2006: Ressourceneffizienz. Strategie für umweltgerechtes Wirtschaften., Effizienz-Agentur Nordrhein-Westfalen.
- FoEE*, 2013: Less is more. Resource efficiency through waste collection, recycling and reuse of aluminium, cotton and lithium in Europe, Friends of the Earth Europe.
- FoEE/EEB*, 2011: Resource Efficiency Roadmap: Real actions to create real change, Friends of the Earth Europe (April 2011).
- FOES*, 2012: FÖS kritisiert deutsches Ressourceneffizienzprogramm - Richtig im Ansatz, unzureichend in der Umsetzung, Pressemitteilung vom 8.3.2012, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.
- HDB*, 2013: Bundestagswahl 2013. Deutschland vor der Wahl – Investieren statt blockieren, Parlamentarierbrief Juni 2013.
- HDB/ZDB*, 2015: Gemeinsame Presseinfo von HDB und ZDB, Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie; Zentralverbandes Deutsches Baugewerbes. 14.1.2015.
- IG BCE*, 2011: Ressourceneffizienz in der Industrie aus Sicht der IG BCE. Informationen zur Industriepolitik, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. September 2011.
- IG BCE/VCI/BAVC*, 2013: Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ geht an den Start, Pressemitteilung; IG Bergbau, Chemie, Energie, Verband der Chemischen Industrie, Bundesarbeitgeberverband Chemie.
- IG Metall*, 2009: Ressourceneffizienz erhöhen und Arbeitsplätze sichern. Ein Leitfaden für Betriebsräte, Herausgeber: IG Metall Vorstand; erstellt vom Wuppertal Institut.
- Jacob, Klaus/Münch, Lisa/Werland, Stefan*, 2014: Indikatoren der Ressourcenpolitik – Akteursanalyse von Interessen und Betroffenheit, Berlin, abrufbar unter: <http://www.ressourcenpolitik.de>.
- Jacob, Klaus/Werland, Stefan/Münch, Lisa*, 2013: Analyse der Debatten der Ressourceneffizienzpolitik in Deutschland: Erwartungen, Positionen und Konflikte der Ressourcenpolitik., Debattenanalyse im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRes). www.ressourcenpolitik.de.

- Kristof, Kora/Hennicke, Peter*, 2010: Kernstrategien einer erfolgreichen Ressourcenpolitik und die zu ihrer forcierten Umsetzung vorgeschlagenen Instrumente. Abschlussbericht zu AP7,.
- LINKE*, 2012: Plenarprotokoll. Tagesordnungspunkt 9: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm - Ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften, Deutscher Bundestag, 165. Sitzung; Plenarprotokoll 17/165; MdB Bulling-Schröter (8.3.2012).
- Misereor*, 2013: Menschenrechtliche Probleme im peruanischen Rohstoffsektor und die deutsche Mitverantwortung, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
- NABU*, 2011: Schwacher EU-Plan zur Ressourceneffizienz Deutschland muss Vorreiterrolle übernehmen, Naturschutz aktuell - NABU-Pressedienst, 19.09.2011.
- NRW*, 2014: Ökologischer Abfallwirtschaftsplan (ÖAWP). Die wichtigsten Fragen und Antworten, 11.3.2014.
- NRW*, n.d.: Die NRW-Umweltwirtschaftsstrategie, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Website.
- ProgRes*, 2012: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes),.
- RNE*, 2011: Wie Deutschland zum Rohstoffland wird. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung,.
- RNE*, 2014: In den ersten 100 Tagen: Für eine Richtungsentscheidung zur Nachhaltigkeitspolitik. Empfehlung an die Bundesregierung Berlin, 29. Januar 2014, Rat für nachhaltige Entwicklung.
- SPD*, 2012a: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm – Ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss), Drucksache 17/8875; 06. 03. 2012.
- SPD*, 2012b: Plenarprotokoll. Tagesordnungspunkt 9: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm - Ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften, Deutscher Bundestag, 165. Sitzung; Plenarprotokoll 17/165; MdB Bollmann (8.3.2012).
- SRU*, 2012: Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer begrenzten Welt, Sachverständigenrat für Umweltfragen.
- UBA*, 2013: Ressourcenschutzrecht, Position. Dezember 2013.
- Umweltministerium BaWü*, 2013: Eine Frage der Effizienz – im globalen Wettbewerb und im Rahmen der Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in Baden-Württemberg, Antrag der Abg. Ulrich Müller u. a. CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; Drucksache 15 / 4478; 11. 12. 2013.
- VCI*, 2011: Contribution of VCI to the Consultation on a Roadmap for a resource-efficient Europe, Verband der Chemischen Industrie e.V.

- VCI, 2012: Die Beiträge der Chemie zu den kommenden Megatrends. Factbook 05: Die Formel Ressourceneffizienz.,.
- VCI/DIB, 2014: Forschungs- und technologiepolitische Empfehlungen der chemischen und biotechnischen Industrie zur Ressourceneffizienz und zur Rohstoffbasis im Wandel, Verband der Chemischen Industrie e.V.; Deutsche Industrievereinigung Biochemie; 1. Februar 2014.
- VDI-ZRE, 2011: Konsultation zum Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa. Entwurf für eine zusammengefasste Kurzantwort in Textform des VDI ZRE, Verein Deutscher Ingenieure - Zentrum Ressourceneffizienz; 2.4.2011.
- VDMA, 2012: Umweltpolitische Forderungen des VDMA. Nachhaltige Industriepolitik, VDMA Technik und Umwelt.
- VDMA, 2013: Ressourceneffizienz, ArgumentierBAR Argumentationshilfen aus dem VDMA. Mai 2013.
- VDMA, 2014a: Erfolge nicht verspielen! Gemeinsame wirtschaftspolitische Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus 2014, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
- VDMA, 2014b: Maschinenbau: Kompetent im Umweltschutz, KurzPosition für Politik und Wirtschaft. Hauptstadtbüro 7/2014.
- VDMA, 2014c: Unser gemeinsames Ziel ist eine starke Industrie. Wo Europa besser werden muss: Unternehmer erzählen aus ihrem Alltag, VDMA European Office. September 2014.
- VZO, 2011: Recommendation for an efficient contribution of SME companies to greater resource efficiency within the supply chain of metal finishing by focusing on interdisciplinary branches like surface finishing, Zentralverband Oberflächentechnik (22.4.2011).
- WWL Enquete, 2013: Entwurf des Gesamtberichts der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Deutscher Bundestag. Kommissionsdrucksache 17(26)123. 8.4.2013.
- ZDB, 2013: ZDB-Positionen zur Kreislaufwirtschaft Bau, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Ausgabe 9 / November / 2013.